

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Nr. 20, Samburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Leipzig, 2. September 1893.

Inserate die viergespaltene Zeile ober deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Leipzig, Weizenstraße 12.

Der Züricher Kongress.

Den Verhandlungen des Züricher Internationalen Arbeiterkongresses, über die wir des Ausführlichen berichteten, wollen wir noch eine kritische Betrachtung folgen lassen.

Man braucht kein Kongresschwärmer zu sein, aber die Thatsache bleibt unbestreitbar stehen, daß solche internationale Zusammenkünfte einmal auf die Massen von ungemeiner propagandistischer Wirkung sind, und daß sie auf der anderen Seite zur Klärung der Begriffe, zur Biegelung allzu optimistischer Hoffnungen wie zur Entfaltung und Anfeinerung gesunkener, enttäuschter Erwartungen wesentlich beitragen. Jede Partei ist nur zu sehr geneigt, den Maßstab der eigenen Bewegung, Ursache und Gemünisse der eigenen Entwicklung von vornherein auf die anderen Länder zu übertragen. Und das ist ein Irrthum, der sich bitter rächen könnte.

Wir Deutsche insbesondere, die wir an der Spitze der sozialistischen Bewegung marschieren, wir brauchen uns wahrlich nicht zu schämen, wenn wir uns gestehen, daß die theoretische Höhe unserer Bewegung, ihre Stärke, ihre Willens-einheit, ihr Einfluß auf die Massen wie auf die Deut- und Handlungsweise unserer Gegner zum großen Theil zu verdanken ist dem Zusammenreffen unserer Agitation mit der historischen Regeneration Deutschlands, mit dem Wiedererwachen des politischen Lebens in Deutschland und einem Anwachsen, Auf-springen und einer Machtentfaltung des wirtschaftlichen Lebens, wie sie in keinem anderen Lande so rasch vor sich ging. Und alles das nach einem halben Menschenalter völligen politischen Stillstandes, einem vom radikalen Bürgerthum energielos geführten Kampfe gegen ein feudales Junkerthum, in einem Lande, das ökonomisch gegen seine Nachbarn um ein halbes Jahrhundert zurückgeblieben war, diese Zurückgebliebenheit aber innerhalb eines Jahrzehnts einzuholen gerade durch die politische Umwälzung in den Stand gesetzt wurde. Da entstand unsere Bewegung, theoretisch geleitet und geschult von den Gedanken der genialen Marx und Engels und praktisch zum politischen Kampf eingezogen von einem so genialen agitatorischen Fenergeist wie es Lassalle war, und sehr früh ausgestattet mit dem unentbehrlichen allgemeinen Stimmrecht, das ebensowohl als Werbetrömel wie als schneidige Angriffs-waffe gegen Regierung wie Bourgeoisie zu gebrauchen ist, wenn man erst seine Anwendung gelernt hat. Denn ein Zauber-mittel ist auch das allgemeine Stimmrecht nicht, daß es dem Glücklichen bloß in den Schooß zu fallen braucht, um die Befreiung zu bringen.

Wenn wir Deutsche, wie gesagt, alle diese Umstände erwägen, so werden wir auch zu einer gerechten Würdigung der Ursache gelangen, warum die sozialistische Bewegung in anderen Ländern entweder nicht die theoretische Klarheit, oder nicht

die taktische Geschlossenheit und agitatorische Werbekraft besitzt, trotzdem sie in Frankreich z. B. im Besitze absoluter Pressefreiheit, des allgemeinen Wahlrechts, republikanischer Staatsformen ist oder in England bei völliger Vereinsfreiheit die großen altgeschulten festorganisirten Arbeitergewerkschaften als Rekrutierungs-gelbte vor sich hat.

Auf der anderen Seite kann freilich auch die deutsche Sozialdemokratie ver-langen, daß die Genossen anderer Länder ihrem ernstesten Streben Gerechtigkeit wider-fahren lassen und ihren selbstbewußten Willen respektieren, in bisheriger Taktik weiter zu kämpfen, weder in feiger Rech-nungs-trägerei nach rechts zu schwenken, noch in kurzschichtiger Nachgibtigkeit sich in den Sumpf radikalen Maulheldenthums, klingender Phrasenschellei, anscheinend nach links, in der That aber in den Morast politischer Thatenlosigkeit verlocken zu lassen.

Und hier kommen wir auf den Um-stand, der gerade den Züricher Kongress gegenüber dem Pariser und Brüsseler charakterisirt.

Auf der einen Seite so zahlreich ver-treten wie noch auf keinem anderen inter-nationalen Kongress die englischen Ge-werkschaften, die bisher der politischen Einschüderung der Arbeitermassen auf den Sozialismus, auf den Klassenkampf grundsätzlichen Widerstand geleistet hatten, auf der anderen Seiten die anarchisten, zur politischen Abstinenz neigenden Holländer, unterstützt von der Mehrheit der anwesenden Franzosen. Dazu der Versuch der im Ausland noch etwas ernst genommenen „Unabhängigen“, bezw. „An-archisten“, ihr ehrloses Handwerk, das sie im Inland bei den Gegnern, in deren Interessen begonnen, auch bei den aus-ländischen Sozialisten fortzusetzen, die deutsche sozialistische Bewegung zu dis-kreditieren, ihr zu schaden, ihren Einfluß zu brechen.

So war thatsächlich die deutsche Sozial-demokratie, oder besser gesagt, der von ihr vertretene Standpunkt, der Marxismus, der Fels, gegen den von rechts und links die Wellen anzubrauden begannen. Und zum Unglück waren gerade die Ge-nossen aus Frankreich in Folge des Wahlkampfes am Erscheinen verhindert, deren Theilnahme in erster Linie noth-wendig war, soll nicht eine Handvoll Delegirter das sozialistische Frankreich repräsentieren, die in keinem einzigen taktischen Gesichtspunkte zusammengehen und die in ihrer Mehrheit, von einigen Ge-werkschaftsvertretern abgesehen, nur ein-zelne kleine Vereine und Franktireurs-gruppen der großen sozialistischen Armee in Frankreich vertreten.

Die Gegnerschaft der Holländer ist unseres Erachtens nicht besonders ernst zu nehmen; nicht etwa deshalb, weil Holland ein kleines Land ist; im Gegen-theil, wir müssen Alles thun, diese falsche, kleinliche Auffassung der Holländer zu bekämpfen und zu widerlegen. Nein, die Gegnerschaft ist bloß deshalb gering anzuschlagen, weil sie nicht aus grundsätzlicher

Auffassung, sondern aus persönlicher Ge-tränktheit entspringt. Herr Nieuwenhuis hat es verstanden, seine Genossen in die Rolle der getränkten Leberwurst hineinzureden. Weil ihm es nicht gelungen war, in der holländischen Kammer die Rolle des sozialistischen Propheten zu spielen, sondern er sich ganz begreiflicherweise damit begnügen mußte, der Prediger in der kapitalistischen Wüste zu sein, ist er aus einem marxistischen Paulus ein proudhon-bakuninistischer Paulus geworden. Und weil die ökonomisch-kleinbürgerliche Entwicklung Hollands große, im Klassen-kampf zu begeisternbe Proletariatsmassen noch nicht kennt, deshalb ist eine gewisse Zaghaftigkeit, eine Desillusionierung der früheren, vielleicht etwas zu gespannten Erwartungen über die Entwicklung der sozialistischen Parteibewegung eingetreten. Das ist nur eine vorübergehende Stim-mung; bereits beginnen die Anfänge einer gegensätzlichen Auffassung sich zu zeigen; Genosse Troelstra aus Amsterdam kenn-zeichnet diese Stimmung ganz richtig dahin, daß er sagte, Nieuwenhuis sei aus Kerger über seinen Durchfall plöz-lich Antiparlamentarier geworden. Und wenn es Nieuwenhuis, der dazu noch sich persönlich von einzelnen deutschen Ge-nossen beleidigt fühlt, auch diesmal ein paar Mal versucht hat, den französischen Chauvinismus gegen die Deutschen zu erwecken, es wird das letzte Mal gewesen sein — und zwar gerade in Folge der Züricher Verhandlungen.

Das ist das große Ergebnis der Züricher Kongresswoche: die Auffassung, welche die deutsche Sozialdemokratie seit Anfang vertreten, der sie in der Theorie wie in der praktischen Taktik ihre großen Erfolge, ihre Unbesiegbareit verdankt, diese Auffassung hat in Zürich den letzten großen Sieg errungen. Alle Beschlüsse, die der Kongress gefaßt, alle Resolutionen, denen er zugestimmt, sind im Geiste des „Marxismus“ gehalten, alle gegen-theiligen Versuche sind gescheitert, seien sie entspringen aus unklarer, nebulöser Auffassung oder verdanken sie ihr Ent-stehen kleinlicher persönlicher Gegensätz-lichkeit.

Anscheinend freilich war es nieder-brückend, daß der Kongress zwei kostbare Tage vergenden mußte über die Frage, ob das unreife Duzend anarchistenüber Delegirten zugelassen werden soll oder nicht. Aber einmal liegt es im Wesen aller Kongresse, am Anfang mit der Zeit freigebiger zu wirtschaften, und zweitens barg sich in dieser Frage der große prinzipielle Kampf, welcher Standpunkt an diesem Kongresse siegen soll. Und die Entscheidung dieser Frage war zugleich bestimmend für die Entscheidung aller anderen Punkte der Tagesordnung.

Mit Recht hat Friedrich Engels in seiner demonstrativen Schlussrede darauf aufmerksam gemacht, daß wie vor 20 Jahren im Haag der letzte Kongress der alten Internationale damit enden mußte, die zweitrachtenden Anar-chisten auszu-schließen, auch der heutige imposante Kongress der neuen Internationale damit

beginnen mußte, den anarchistischen Ele-menten die Thüre zu weisen und eine scharfe Grenzlinie zu ziehen zwischen der internationalen sozialistischen Arbeiterbe-wegung und den anarchistischen oder anarchistenliebenden Elementen, wollte er nicht die Erfahrungen und Erfolge zwanzig-jähriger Kämpfe leichtsinnig und kurz-sichtig auf's Spiel setzen.

Vielleicht ist auch die Hoffnung nicht unberechtigt, daß mit den zweitägigen Debatten über diese Frage auch die Ur-belt des nächsten Kongresses schon vor-gehan und mit der Annahme der Wibel'schen Definition über den Begriff der politischen Aktion endlich einmal klare Bahn für die Zukunft geschaffen ist.

Und ganz besonders muß bei dieser Frage hervorgehoben werden, wie es ge-rade die Vertreter jener Länder waren, in denen der Anarchismus Gelegenheit gehabt hatte, seine Wirkungen zu äußern, wo man ihn an der praktischen Arbeit gesehen, die am schärfsten und ent-schiedensten mit den Deutschen gegen ihn Stellung nahmen. Italien, Spanien, Rußland — sie alle mußten jahrelang an ihrem eigenen Leibe die Sünden der Anarchisten zahlen; und daß gerade sie für die alte Taktik und die alten Grund-sätze wiedergewonnen wurden, ist neben der Eroberung Englands für den po-litischen Kampf der Sozialdemokratie das erfreulichste Moment am ganzen Kongress.

Mit allen Beschlüssen kann die deutsche Sozialdemokratie im Interesse des inter-nationalen Sozialismus zufrieden sein. Die Einmütigkeit des Kongresses in der Frage des Parlamentarismus und der Wahlagitation ist ganz besonders geeignet, die besten Hoffnungen für die Entwicklung der internationalen sozia-listischen Bewegung zu erwecken, gerade so wie die Entscheidung über die Stel-lung der Sozialdemokratie im Kriegsfalle der Herrschaft des Phrasen-thums, der irrlüchternen Gutmütigkeit ideologischer Ueberreste in der Entwick-lung des bürgerlichen Gedankens zur sozialistischen Weltanschauung ein unzwei-dentiges Ende bereitet hat.

Nach der Beschluß in der Maßfrage, der zu einer Niederlage der Deutschen gestempelt wurde, ist nichts Anderes als der von den Deutschen von jeher, und erst an ihrem letzten Berliner Parteitage kundgegebene Standpunkt, daß die Form der Arbeitsruhe als der würdigste Aus-druck des Gedankens zu erstreben sei. Nur dadurch, daß in Folge einer über-lieben oder tendenziösen Uebersetzung des englischen und französischen Wort-lautes die Deutschen gezwungen werden sollten, für jedes einzelne Experiment eines einzelnen Genossen oder irgend eines Vereines einzutreten und jeder Ver-such eines Widerstandes gegen die In-zenierung solcher Unerfreierien verpönt werden sollte, womit einfach der Bruch aller Parteidisziplin proklamirt war, war es gekommen, daß die Deutschen in dieser Frage allein standen. Allein sofort als durch Vergleichung der Uebersetzung diese Verschiedenheit der Texte konstatiert wurde,

gaben die Deutschen die Erklärung ab, daß sie auch in dieser Frage für den Wortlaut der englischen und französischen gestimmt hätten. Damit war auch in dieser Frage die Einigkeit des Kongresses hergestellt.

Der Beschluß über nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften wäre uns in der Form der vorgelegten Resolution der Majorität lieber gewesen. Einmal ist der Standpunkt der politischen Partei zur Gewerkschaftsfrage, die Gleichberechtigung oder besser die Zusammengehörigkeit der beiden Formen des Klassenkampfes viel deutlicher und eindringlicher gekennzeichnet, und gerade der Hinweis auf die ökonomische Entwicklung Amerikas und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die Taktik, wie die Frage der Einwanderung bezw. Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus fremden Ländern vermischen wir sehr ungerne. Da aber die angenommene Resolution der Minderheit in keinem Gegensatz zur Resolution der Majorität steht, so ist diese Frage nicht so wichtig; das einzig trennende Moment ist die Forderung der definitiven Schaffung einer internationalen Verbindung, die in einer ganzen Anzahl von Ländern formell, daher auch praktisch unmöglich ist.

Wir halten aber die Frage für unsere Leser so wichtig, daß wir in der nächsten Nummer die beiden Resolutionen ihrem Wortlaute nach einander gegenüberstellen werden.

Der Kongreß konnte zwar seine Tagesordnung nicht vollständig erledigen; die Sprachenverschiedenheit hat ebenso zeitraubende wie ermüdende Wirkung; die Diskussion über die Frage des Generalstreiks wäre vielleicht ganz nutzbringend gewesen — aber gleichwohl ist die physische und intellektuelle Leistung des Kongresses eine höchst achtungswerthe, der erzielte Erfolg ein höchst erfreulicher.

Nicht Trennung, sondern Einigung ist das Resultat des Züricher Kongresses; nicht Konzessionen und Konfusion in der prinzipiellen Auffassung, sondern Klärung der Begriffe, Eroberung für unsere Auffassung ist das Kennzeichen des Züricher Kongresses. Und diese Thatsache beklemmt auch die Gegner; ihre Hoffnungen auf die anarcho-socialistischen Quertreibereien, auf moralische und politische Schwächung der internationalen Arbeiterbewegung sind gescheitert. Einiger als je, in der Auffassung geläuteter, über Zweck und Mittel des Kampfes aufgeklärter als je marschirt die Armee der internationalen Sozialdemokratie gegen die Bollwerke des internationalen Kapitalismus an, entschlossen nicht nachzugeben, bis das letzte Bollwerk gebrochen. Getrennt marschiren, vereint schlägen. Vereint siegen — diese Parole hat der Züricher Kongreß ausgegeben, diese Siegeszuversicht wird 1896 in London neue Triumphe feiern.

Lohnformen und Preis der Arbeit.

Von Max Schippel.
(Aus: „Die Neue Zeit“.)
IV.

Das Gewinnbetheiligungssystem setzt den beweglichen Theil des Lohnes in eine vorausbestimmte Beziehung zum Reingewinn des Geschäftes.

Der Bruchtheil, den die Summe der beweglichen Lohnzuschläge vom Reingewinn ausmacht, kann dabei natürlich ein ganz minimaler sein. So vertheilt eine Pariser Firma ein Prozent vom Reingewinn an die Arbeiter, und auch von diesem einen Prozent zahlt sie nur ein Drittel haar aus.*)

Auch der bewegliche Zuschlag ist nichts wie Lohn. Er gehört zum Kaufpreis der Arbeitskraft, der weiter seinen bestimmter

Gesetzen folgt: und er vermindert, wie wir sehen werden, den Profit des individuellen Unternehmens nicht nur nicht, sondern er soll ihn sogar gegen früher steigern. Daß man den beweglichen Lohnzuschlag erst in das Ueberschußreferendat des Geschäftes stecken läßt und dann den Profit scheinbar wieder um ihn verkürzt, hat soweit nur eine rechnerische Bedeutung. Wir haben es nur mit einer besonderen Lohnform zu thun, die als solche allerdings auch ihre besonderen Wirkungen auslöst.*)

Eine wird fast immer dabei eintreten. Der Gewinn des Geschäftes wird nur in längeren Perioden, fast immer alljährlich, festgestellt. Der Arbeiter ist also gezwungen bis zu diesem Jahrestermin in seiner Stelle auszuharren, wenn er auf seinen beweglichen Lohntheil nicht verzichten will. Oft sucht das Kapital diese Folge noch dadurch zu verstärken, daß erst nach längerer Beschäftigung die Theilnahme am Gewinn beginnt; besonders aber dadurch, daß die ganze Prämie oder ein Theil im Geschäft stehen bleibt. So stecken die Gewinnanteile bei einer Pariser Schriftgießerei in eine Unterstützungskasse, „vorzeitiger Austritt bewirkt Verlust des Guthabens“. Die Kupferstecherei Gasté in Paris zahlt die Antheile bei einer Versicherungsgesellschaft ein; „bei vorzeitigem Austritt Verlust des Guthabens“. Die Compagnie d'Assurances générales in Paris speist mit den Gewinnanteilen eine Alterskasse; „beim Uebertritt der Angehörigen in ein Konkurrenzunternehmen erlöschen die Ansprüche“. Weiter lesen wir in der Frommer'schen Skizze bei den dort angeführten Beispielen: „Der Arbeitswechsel ist außerordentlich gering. Der beabsichtigte Zweck: Fesselung der Arbeiter an das Gut zur Beseitigung des Arbeitermangels wurde erreicht. . . Erfolg: Dauernder Arbeiterstamm. . . Erfolg: Fesselung der Arbeiter an das Geschäft. . . Erfolg: Dauernder Arbeiterbestand. . . Erfolg: Dauernder Arbeiterbestand. . . Erfolg: Dauernder Arbeiterbestand. . . Der Hauptzweck: Vermeidung starken Arbeiterwechsels wurde erreicht.“ Da Frommer im Ganzen dreißig Einzelfälle bespricht und oft der Erfolg nicht bekannt war, so sind diese Urtheile gewiß charakteristisch.

Wie Kautionen, Zwangspargelder, Betriebs-Wohlfahrts-Einrichtungen können auch die in der Hand des Kapitals bleibenden beweglichen Lohntheile jeberzeit als Machtmittel gegen die Arbeiter ausgespielt werden, besonders gegen den Einfluß der Gewerkschaften. „Wir sind der Meinung, heißt es ganz richtig in dem 1890er Kongreßbericht des parlamentarischen Komitees der Trades Unions — daß es stets seine Schwierigkeiten haben wird, eine feste Organisation für diejenigen Arbeiterschaften zu erzielen, bei denen das System der Lohnrückbehaltungen (deferred pay), sei es in der Form der Prämien (perquisites) oder der Pensionen, herrscht.“ Oft bringt es das System der Gewinnbetheiligung so weit, daß die Arbeiter sich freiwillig von ihren Berufsgenossen trennen. Es ist bekannt, daß die Maler des Hauses Leclair, von dessen Erfolgen man so viel Aufhebens macht, nicht bloß an Streiks nicht theilnahmen, sondern sogar den Firmen, die durch Streik bedroht waren, aus der Verlegenheit halfen. „1876, als man die Schwierigkeiten zur Pariser Ausstellung vorbereitete, stellten die dabei thätigen Maler die Arbeit ein, um höheren Lohn zu erlangen, den die Unternehmer schließlich auch hätten zugestehen müssen. Die Behörden wandten sich an M. Rebouly (den Direktor der Firma Leclair) um Hilfe, dessen Arbeiter sich dem Streik nicht angeschlossen hatten. Die Maler Leclair's

*) Vergl. hierzu auch den Aufsatz von Josephine Braun im 12. Jahrgang 1886 der „Neuen Zeit“, S. 447.

arbeiteten demgemäß sechs Wochen lang, ohne Lohnerhöhung, täglich vierzehn Stunden und dazu wöchentlich zwei Nächte hindurch“ (Ullman). Frommer rühmt diesen Arbeitern weiter nach, daß sie sich gegenseitig scharf überwachen und „jede Störung der Ordnung zur Anzeige bringen.“

Mit dieser Seite des Systems haben wir es jedoch hier weiter nicht zu thun; und leider ist eine Erörterung der Wirkungen speziell auf den Preis der Arbeit mehr auf eine indirekte Beweisführung angewiesen. Selten läßt sich aus dem vorhandenen Material direkt feststellen, wie sehr in den in Frage kommenden Betrieben die Mehrleistung angewachsen ist im Verhältnis zum erfolgten Lohnzuschlag; meist ist nicht einmal außer Zweifel, ob ein mehr wie bloß scheinbarer Lohnzuschlag stattgefunden hat, oder ob nicht etwa der feste Lohntheil um den Betrag gesunken ist, den der bewegliche Lohntheil, der sogenannte Gewinntheil, aufweist. Nur die Erfolge für den Kapitalprofit sind als bare Münze zu nehmen, und aus dem Anwachsen des Profits darf man hier fast immer auf eine vermehrte Anspannung der Arbeiter schließen. Wir führen daher hierüber einige Zeugnisse an.

Zunächst der „Theoretiker“ dieser Frage Sedley Taylor, einer der Hauptschriftsteller für unser System, meint ganz offen: „Die vermehrte Thätigkeit des Arbeiters, der sorgfältigere Gebrauch der ihm anvertrauten Werkzeuge und Materialien, endlich die eintretende Möglichkeit, einen beträchtlichen Theil der Ausschichtskosten zu sparen, lassen unter dem Gewinnbetheiligungssystem Profite erzielen, die bei dem gewohnten Gang gar nicht entstehen würden. Würden diese Extraprofite ganz unter die Vertheilung, deren Arbeit sie schuf, so würde sich der Unternehmer noch immer so gut stehen wie bei dem früheren Zustand. Wenn wir aber annehmen, daß er unter seine Arbeiter nur einen Theil dieses neuen Fonds (fresh fund) vertheilt und den Rest selber behält, so werden er sowohl wie die Arbeiter am Schlusse des Jahres bei dem neuen Prinzip. . . ihre Rechnung finden. . . Die Erwartung, daß das unmittelbare Interesse, das der Arbeiter am schließlichen Geschäftsergebnis hat, zu größeren Anstrengungen treiben und so eine ganz neue Quelle des Profites eröffnen wird, ist die ökonomische Basis, auf der das Gewinnbetheiligungssystem ruht. . . Der Fonds, aus dem das System seinen Surplusprofit zieht, wird geschaffen durch die gesteigerte Wirksamkeit der Arbeit, die unter seinem stimulierendem Einfluß vor sich geht“ (cit. Schloß, p. 163, 193, 184). — Nächst Professor Nicholson in der Contemporary Review, Januar 1890: „Unter dem Anreiz des Gewinnanteils müssen die Arbeiter die zukünftigen Profite schaffen, die sie erhalten“ (cit. Schloß, p. 184). — Im Londoner „Economist“ vom 14. Februar 1891 lesen wir: „Es ist die Gefahr vorhanden (?), daß man die Frage in einem halbphilantropischen Geiste auffaßt, anstatt zuzugestehen, daß die Grundlage jedes Plans der Gewinnbetheiligung das Geschäft und nichts als das Geschäft sein muß. Der Durchschnittsunternehmer wird seinen Profit nicht aus väterlichen oder mildherzigen Motiven mit den Arbeitern theilen, sondern weil er Ertrag mit Zinsen antezipirt.“ — Auch Schloß meint, die richtige Gewinnbetheiligung dürfe dem Unternehmer nicht einen Heller entziehen, sonst sei sie Gewinnbetheiligung plus Philanthropie.

Die Aeußerungen der unmittelbar betheiligten Unternehmer stimmen damit überein. Der Direktor der Druck- und Verlags-Anstalt Cassell & Co. schreibt an Schloß: „In Erwiderung auf Ihre Frage, welche Folgen für das Geschäft die Gewinnbetheiligung der Arbeiter gehabt habe, kann ich mit Freuden konstatiren, daß die Wirkung eine entschieden

günstige gewesen ist. Das Interesse, das unsere Arbeiter an den Geschäften des Hauses nehmen, ist durch das Zusammenfallen ihrer und unserer Interessen stimuliert worden und wir haben allen Grund, uns befriedigt zu fühlen, daß die Aktionäre von einem System profitirt haben, das ursprünglich zum Wohle der Angestellten geplant war.“ — Ein Fabrikant der Wolllindustrie äußerte, daß seit 1886, wo er die Gewinnbetheiligung einführt, alles wie am Schnürchen ginge, „die industrielle Maschine läuft wie von selbst“. — Herr L. W. Bushill schrieb 1889: „Wir begannen das Probejahr für die Gewinnbetheiligung mit sehr bescheidenen Erwartungen bezüglich direkter Erfolge. Jetzt, am Ende, können wir berichten, daß die Erwartungen weit übertroffen sind. Wir hatten auch früher kaum Ursache zu Klagen; dieses Jahr aber scheinen viele unserer Leute eine ganz neue Arbeitsspannkraft gewonnen zu haben. . . Ersparnisse aus eigenem Antrieb, an Zeit sowohl wie Material waren zu bemerken, daneben eine fruchtbare Thätigkeit in Ueberwindung von Schwierigkeiten und im Erfinden billigerer Herstellungsarten.“ 1891 erklärte derselbe Bushill, er persönlich möchte nimmer vom alten Regime zurückkehren. — Die Inhaber einer großen Londoner Theelagererei (Messrs. Brooke, Bond & Co.) urtheilen: „Unser System der Theilnahme am Gewinn wurde zuerst zum Nutzen der Arbeiter eingeführt. Das Problem war: Wie die Einkünfte der Arbeiter vermehren, ohne die Profite der Arbeitgeber zu vermindern. Die Lösung wurde gefunden in der Vermehrung des Eifers und Aufpassens, der Pünktlichkeit, der Ersparnisse an Zeit und Material, und in Identifikation der Interessen. Mit dem Ergebnisse sind wir vollständig zufrieden. Unsere Hände erfreuen sich eines ausgiebigen (substantial) Bonus (Prämie). Und wir unsererseits haben den Vortheil, daß wir in den Händen wählischer sein können, daß sie weniger Neigung zum Stellenwechsel haben, daß unausgefüllte persönliche Aufsicht weniger nöthig ist, und daß die Beziehungen zwischen Herren und Dienern schöner und angenehmer sind.“ Hier zeigte sich bei dem kaufmännischen Personal der Vortheil besonders dann, wenn Neueinstellungen in Frage kamen. Um keinen neuen Mitesser bei der Gewinnvertheilung zu haben, leisten die Gehilfen aus eigenem Antrieb das Höchste, was in ihrer Kraft steht.

Ueber den „substantiellen“ Bonus noch ein Wort. Seine absolute Größe und sein Verhältnis zum festen Lohn besagt gar nichts über seine Bedeutung für den Arbeiter. Im Gegentheil, je mehr ein Unternehmer den festen Lohntheil herabsetzt und für den Rest einen manchmal sehr zweifelhaften Wechsel auf den künftigen Gewinn anstellt, desto prekärer zwar die ökonomische Lage des Arbeiters und desto größer noch dazu wahrscheinlich seine Arbeitsqual, desto respektabler aber der Bonus und desto höher sein Prozentantheil vom festen Lohn. Nichts leichter, wie den Bonus immer substantieller zu machen. Statt 30 Schilling wie früher bezog in einem früher von uns zitierten Beispiel (siehe: Die Produktivgenossenschaften in England) ein Kaufmann 27 Schilling fest und etwa 3 Schilling als Bonus. Das sind 10—11 Prozent „Zuschlag“ und zusammen doch kaum die alten 30 Schilling. Aus diesem Grund ist mit den verfügbaren Angaben über die Lohnvermehrung nichts anzufangen. Aber wenn Schloß, nach den erwähnten Mittheilungen über die Arbeitssteigerung, annimmt, daß der Bonus kaum jemals über 4 Prozent des Lohnes hinauswachsen werde, so ist damit zugestanden, daß bei diesem System eine bestenfalls minimale Einkommensvermehrung erkaufte wird nicht nur mit einer größeren Gebundenheit, oft sogar mit der größten Korruption der Arbeiter, sondern

*) Frommer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV, S. 55.

auch mit einem beträchtlichen Sinken des Preises der Arbeit.

Auch bei der Gewinnbeteiligung fanden wir einen Umstand arbeitsteigern wirken, dem wir bereits öfter begegnet sind; daß nämlich dem Einzelarbeiter nicht nur an der eigenen Mehrleistung ein Interesse eingefloßt wird, sondern auch daran, daß seine Nebenarbeiter sich möglichst abplacken. „Jeder Arbeiter ist unmittelbar interessirt, nicht nur sein eigenes Werk gut zu verrichten, sondern auch darauf zu sehen, daß seine Mitarbeiter ihr Werk gut thun. Jeder Mann wird so zum Aufseher gegenüber jedem anderen. Selbst die eigentlichen Aufseher werden jetzt von ihren Untergebenen überwacht. Ich kenne Arbeiter in einem Gewinnbeteiligungsgeschäft, die ihren Vorgesetzten wegen Vernachlässigung seiner Pflichten anzeigen.“

Beim Gruppenlohn, bei der Methode, mit ganzen Gruppen von Arbeitern den Lohn für eine bestimmte Gesamtleistung zu vereinbaren und zu verrechnen, wird seitens der Unternehmer stets auf diese arbeitsteigern und kostenmindernde Wirkung der gegenseitigen Anspornung und Ueberwachung spekulirt.

Gruppenlöhne — direkt nach der Leistung bemessen, wie bei den gewöhnlichen Stücklöhnen, oder von einer gewissen Grenze ab mit Zuschlägen verbunden — finden sich häufig in Bergwerken und Steinbrüchen, beim Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau, in der Eisenindustrie, in der Landwirtschaft. „Man hat gefunden, daß die Löhne der Arbeiter erhöhen, während sie die Kosten der Arbeit reduzieren.“

Das letztere ist zweifellos richtig, gegen die erste Behauptung führt Schloß selber einige Beispiele an. So ist auf den königlichen Werften in England seit vier bis fünf Jahren beim Schiffbau der Gruppenlohn überwiegend. Gruppen von 3 oder 4, 10 oder 12, ja von 390 und zuweilen von 600 und 700 Mitgliedern finden sich hier. Für eine gewisse Produktion wird ein bestimmter Preis angesetzt; während der Erledigung des Auftrages werden feste tägliche Löhne gezahlt; bei der Ablieferung ergibt sich der Ueberschuß für die Gruppe. Je größer die Arbeitshast, desto größer der Ueberschuß und in kürzeren Perioden kehrt er wieder, desto größer wird also bei fortlaufendem, konstantem Zeitlohn das Jahreseinkommen jedes Einzelnen. So rechnet vielleicht der Arbeiter. Und der Unternehmer rechnet: einmal, daß immer gewisse faux frais für Ueberwachung hinwegfallen, dann aber, daß der Abnahmepreis für das Nachwerk später herabgehen wird, sowie es feststeht, daß die Gruppe regelmäßig in kürzerer Zeit damit fertig wird; der Unternehmer wird für dasselbe Arbeitsquantum dann schon den niedrigeren Lohn durchzuschauen wissen. „Man sagt, daß die Schiffe im Durchschnitt in 25 Prozent weniger Zeit und mit 25 Prozent weniger Kosten wie früher gebaut werden.“ Als die Impérieuse halb fertig war, führte man das Gruppensystem ein und „die Arbeitskosten waren 50 Prozent geringer wie bei der ersten Hälfte des Schiffes“. Schloß meint, daß doch der Gesamtlohn des Arbeiters bei dieser zweifellosen Senkung des Arbeitspreises gestiegen sei. Das mag mitunter zutreffen. Aber er fügt andererseits hinzu: „Zuweilen kommt es vor, daß die Beamten den Lohn zu weitgehend finden; in diesem Falle wird die Wochenzahlung gekürzt. . . Das Schiff muß so billig wie möglich hergestellt werden; wenn möglich sollen die Kosten niedriger sein, als wenn das Schiff auf Privatwerften gebaut würde. Es besteht daher eine starke Versuchung, die Arbeit möglichst niedrig anzusetzen“, so daß anfangs die Leute nicht einmal immer den alten Zeitlohn verdienten. „Diese Leute

arbeiteten . . . wahrscheinlich 20 Prozent intensiver als sonst und als sie fanden, daß sie nicht einmal ihr gewohntes Einkommen hatten, entstand große Unzufriedenheit.“

Bei einem Beispiel bemerkt Schloß: „Es verdient Beachtung, daß dieses System auf Ausmerzungen der weniger thätigen Arbeiter hindrängt. Es ist selbstverständlich das Interesse jedes Mitgliedes der Gruppe, darauf zu passen, daß alle hart arbeiten; ein unfähiger oder lässiger Arbeiter wird sofort angezeigt und entlassen.“

Der Gruppenlohn hat bei den Londoner Dockers Wunder gewirkt. „Die Exchange Telegraphs Company bemerkt, daß . . . die Arbeit, deren Kosten man früher bei Tagelohn auf 1 Schilling pro Tonne berechnete, jetzt auf 3 Pence (1/4 Schilling) zu schätzen ist. Auf Kontrakt (gemeint ist unser Gruppenlohn) leisten im Allgemeinen 40 Männer dasselbe Werk, das früher beim Tagelohn 100 verrichteten.“

Dazu kommt, daß der Gruppenlohn Prestereien gegen die Arbeiter erleichtert. Es handelt sich bei ihm oft um komplizierte, umfangreiche und langwierige Aufträge, deren Arbeitsverforderniß im Voraus schwer zu übersehen ist. Der Unternehmer drängt zu einer möglichst niedrigen Schätzung der zur Fertigstellung erforderlichen Arbeit. Gelingt ihm das Manöver, so steckt die Herabdrückung des Arbeitspreises schon in der Differenz zwischen der beim Kontraktabschluss vorausgesetzten und der bis zur Ablieferung schließlich aufgelaufenen Arbeitsmenge. Bei den Schiffbauern der königlichen Werften entstanden daraus Klagen. Ebenso bei den Dockers. „Als Lohnmaßstab wurde von den Dockbeamten ein bestimmter Satz pro Tonne angenommen. Dieser Satz, multipliziert mit der Zahl der Tonnen, welche, wie man annahm, das Schiff barg, gab den Gesamtpreis für das Löschen der Ladung. . . Die Arbeiter konnten die Tonnenzahl bei dem Auftrag nicht feststellen und behaupteten, daß die Beamten der Gesellschaft oft den Preis auf einer falschen Basis berechnet hätten, indem sie die Tonnenzahl niedriger ansetzten, als sie in Wirklichkeit war.“ — Jedoch sind solche Praktiken auch bei dem Stücklohn des Einzelarbeiters nicht selten, wenn es sich um kompliziertere Arbeiten handelt, für die im Voraus der Preis vereinbart wird; besonders bei Reparaturen tritt oft die Schwierigkeit und Umständlichkeit erst während der Erledigung zu Tage — die englischen Arbeiter nennen das daher das „Zahl' was du willst“-System (the pay as you please system).

Wo die Arbeiter nicht zur gegenseitigen Arbeitsanspornung zu bringen sind, da muß das Aufsichtspersonal die Arbeitsleistung der Untergebenen nach Möglichkeit emporkreiden, und auch die Erfüllung dieser Funktion wird von der Form der Bezahlung der Aufseher und Treiber wesentlich beeinflußt.

Oft wird daher der Vorgesetzte im Verhältnis zur Arbeitsleistung der ihm überwiesenen Gruppe oder seines Departements gezahlt. In der Baumwollindustrie ist diese Methode von jeher verbreitet gewesen. „Es war das Interesse dieser Sklaventreiber, die Kinder auf's Äußerste abzarbeiten, denn ihre Zahlung stand im Verhältnis zum Produktionsquantum, das aus dem Kind erpreßt werden konnte. Grausamkeit war natürliche Folge. . . Sie wurden zu Tode gehetzt durch Arbeitsexzesse“, lesen wir (nach Fielden) bei Marx über die ersten Fabriken in Lancashire. „Die Arbeiter werden durch Arbeitsaufseher, interessirt in der Quantität des Nachwerkes, dazu gehetzt, die Maschinerie in Bewegung zu halten“, schreiben 1866 die Fabrikinspektoren (cit. Marx, 2. Aufl., p. 807). Nach Schloß sehen sich die Unternehmer in der Baum-

wollweberlei meistens „gezwungen, die Aufseher (over-lookers) nicht nach der Zeit, sondern im Verhältnis zum Ausbringen ihrer Untergebenen zu zahlen“. Die streikenden Londoner Dockers klagten auch bitter über den loading man, der den drei- bis vierfachen Betrag des gewöhnlichen Gruppenakkordbetrages erhielt und der so „unter dem schärfsten Anreiz stand, seine Leute bis zu einer unerträglichen Anspannung zu treiben“.

Ähnlich sind die Wirkungen, nur oft noch stärker, wenn lediglich der Aufseher mit dem Unternehmer abrechnet und nach dem gelieferten Nachwert seiner Gruppe Zahlung empfängt, aus der er die Löhne der Untergebenen zu bestreiten hat. Ob letztere Stück- oder Zeitlöhne oder was sonst sind, gleichviel — der Ueberschuß des Hauptarbeiters, sein Lohn wächst, je mehr er den Preis der Arbeit drückt. Die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittelst der Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter“ (Marx).

Oft wird dabei der Hauptarbeiter und Aufseher bereits die Mitglieder der Gruppe selber an. Seine Stellung nähert sich dann immer mehr der „ausgeschweiften“ Zwischenmannes in der Hausindustrie und des gang-masters in der Landwirtschaft, nur daß in der Hausindustrie und Landwirtschaft die Bepflanzung und Hilfslosigkeit der Arbeitskräfte alle Mißstände dieses Systems zur vollsten Entfaltung bringt.

Die Trades Unions thun recht, wenn sie gegen diese Methode der Arbeitssteigerung und des Lohndruckes vorgehen. Und sie sind weiter auf dem richtigen Wege, wenn sie auch die Einführung der Prämien, der Gewinnbeteiligung und ähnlicher Lohninstitute von vornherein zu verhindern suchen.

Dem die notwendige Grundlage ihres Wirkens ist, daß einem bestimmten Quantum Arbeit ein bestimmter, klar erkennlicher Preis gegenüberstehe und daß der Arbeiter unumschränkter Herr über einen Lohn sei, daß nichts davon im Geschäft des Unternehmers festgelegt bleibe. Nur so haben die Gewerkschaften für die erstrebte Regelung des Lohnes festen Boden unter den Füßen; nur so werden die Interessen der Arbeiter eines Gewerks nicht zersplittert und in ihrer Geltendmachung geschwächt.

Beim Stücklohn mag man darüber streiten, wie die Gewerkschaften sich dazu stellen sollen. Bei den anderen Lohnformen war von jeher das Urtheil der organisirten Arbeiter strikt ablehnend.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress in Zürich.

(Schluß.)
Achte Sitzung.
Donnerstag Nachmittags 3 Uhr.
De Leon (Amerikanische Soc. Arb. Partei): Für Amerika sei die vorliegende mehr eine Humanitätsfrage als eine praktische. Im Allgemeinen sympathisiren die Amerikaner mit dem holländischen Antrag; aber man müsse ihn näher betrachten, und da stelle er sich ganz anders dar. Ein Militärstreik verliere seinen Charakter als Streik im ersten Augenblick, wo er in Kraft trete; dann bedeute er einfach die gewaltthätige Revolution; wirtschaftliche Streiks aber seien allmählich überflüssig, weil die Arbeiter eingesehen, daß die Kapitalistenklasse mehr Vortheil davon zögen als die Arbeiter. Es komme hauptsächlich darauf an, wie weit die Idee des Sozialismus in's Volk gedrungen. Man könne daher die Frage nicht unbedingt beantworten, sondern müsse sich jeweils fragen, ob es rathsam, diesen Schritt zum Anfang vom Ende zu machen. Die amerikanischen Arbeiter würden, weil sie auch künftig in ihrem Verhalten den politischen Verhältnissen Rechnung tragen würden, sich daher nicht binden lassen können durch Kongreßbeschlüsse und folglich sich der Abstimmung enthalten.
Aveling (für die englische Delegation): Mit überwiegender Majorität habe die englische Delegation sich für den Antrag der Deutschen erklärt. Die englischen Arbeiter betrachteten den Krieg jetzt und immer als ein

Verbrechen, denn jetzt und immer müßten die Arbeiter die Lasten tragen und ihr Blut vergießen. Niemals sei England in solcher Zahl und solcher Verteilung an einem internationalen Arbeiterkongress vertreten gewesen. Die 65 Delegirten vertreten größtentheils rein sozialistische Organisationen; ein anderer Theil sei von unabhängigen Arbeiterparteien delegirt, die gegen Konserbative und Liberale Front machten und auf seinem sozialistischen Programm ständen. Ein dritter Theil repräsentirte die Gewerkschaften, die zum ersten Mal mit Sozialisten Hand in Hand gingen und Mene machten, dem sozialistischen Programm sich anzuschließen. Diese Thatsache berechtige zu den schönsten Hoffnungen, denn die alten Gewerkschaften seien es, die in ihrer Jugendzeit alle Lasten des Sozialkampfes getragen, und auch heute noch tragen. Vor kurzem habe es geschienen, als ob zwischen Deutschland und Frankreich ein Krieg ausbrechen sollte; da sei es notwendig, daß die deutschen Arbeiter erklären, sie wollten keinen Streit mit den französischen Arbeitern und umgekehrt müßten auch die Franzosen zurückfragen, daß sie die deutschen Arbeiter als ihre Brüder betrachteten. (Großer Beifall.) Ebenso hätten die Engländer eine solche Erklärung abgegeben, als vor kurzem ein Krieg zwischen der englischen und französischen Bourgeoisie drohte. In der That: wir müssen einstimmig erklären, daß wir nur einen berechtigten Krieg kennen, nur einen anerkannt: den Klassenkampf. (Großer Beifall.)

Mit dem Geankengang des holländischen Antrags sind die Engländer einverstanden, und wir alle hier einverstanden. Aber es handelt sich um die Form der Ausführung. Wenn wir stark genug sind, den Militärstreik durchzuführen, dann thun wir ganz was anderes, dann handelt es sich für uns darum, den Kapitalismus zum Himmel oder zur Hölle zu befördern. (Stürmischer Beifall.) Heute aber handelt es sich nicht um internationalen Streit, sondern um Einheit und Klarheit über diese Frage zu schaffen, und zu zeigen, daß alle Herzen in diesem einen Gefühle zusammenschlagen, unsere Stimmung mächtig zu erheben gegen den Krieg, für den Frieden.

Vertker (Genf): Ich bezweifle energisch, daß sich in Bezug auf die Kriegsfrage strenge Regeln für das gemeinsame Handeln aller Völker niederlegen lassen. Auch ich finde Gefallen an dem Geiste der holländischen Resolution, aber ebenso sehr erkenne ich die Undurchführbarkeit derselben. Es ist etwas anderes, Resolutionen zu machen, und etwas anderes, sie in Thaten umzusetzen. Wenn je eine Gelegenheit gewesen wäre, die Durchführbarkeit des militärischen Streiks darzutun, so wäre das im heurigen Frühjahr gewesen, als holländischen Soldaten befohlen wurde, auf das wehrlose Volk zu schießen, wenn die Holländer aber damals in ihrem eigenen Lande dies nicht durchführen konnten, wie können sie dann eine solche Maßnahme der ganzen Welt empfehlen. Unsere Aufgabe ist es, das Proletariat zum Sozialismus zu erziehen, es für alle Eventualitäten stark zu machen, dann haben wir eine gewaltige Macht hinter uns, welche jeden Krieg von vornherein ausschließt, diesen Geist athmet die deutsche Resolution, deshalb stimmen wir für diese.

Volbers (Belgien): Der deutsche Antrag sei nicht hinlänglich genug, daher müßten sie denselben durch ihre Resolution ergänzen. Die Deutschen gingen von dem Standpunkt aus, wenn man Propaganda für den Sozialismus mache, mache man die beste Propaganda gegen den Krieg, und sei eine spezielle Propaganda gegen den Krieg überflüssig; aber so lange es einmal Kriege gebe, komme der Sozialismus nicht zur Herrschaft. Daher müsse der Krieg einen speziellen Angriffspunkt bilden. Belgien stehe zwar weniger in Gefahr in den Krieg hineingezogen zu werden, größer sei die Gefahr der Annexion; deshalb hätten auch sie allen Grund, prägnante Stellung zu nehmen. Darum suchten sie auch unter dem Militär zu agitiren, die sozialistische Propaganda in die Kasernen hineinzutragen: sie hatten ihre Versammlungen in der Nähe der Kasernen, um den Soldaten die Wahrheit sagen zu können; sie führten den Krieg in der Presse und erlitten deshalb Strafen, die sie gerne ertrugen. Sie beantragten: die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter sollten überall ablehnen, das Kriegsbudget zu bewilligen und für die allgemeine Entwaffnung eintreten.

Dehante von den französischen Anemantisten spricht sich gegen die deutsche Resolution aus. Er hatte gehofft, daß nur Arbeiter und nicht eine Majorität von Berufspolitikern auf dem Kongress vertreten sein würden, die Stimmung des Kongresses würde dann wohl eine wesentlich andere sein. Er sei nicht der Meinung, daß man aus Furcht vor der Uebermacht des Militarismus auf den Militärstreik oder auf den Generalstreik verzichten dürfe. Auch am 1. Mai werde die Militärmacht gegen das Proletariat aufgeboden, und dennoch lasse sich dasselbe doch

nicht abhalten von einer internationalen Manifestation für den Weltfrieden. Das Vorgehen der Belgier habe übrigens bewiesen, daß der Generalkongress keine Utopie, sondern sehr wohl durchführbar sei. Man soll sich nicht um die Verhandlung in den einzelnen Ländern, sondern nur um das gemeinsame Ziel kümmern, deshalb gehe man allerorten daran, Organisationen gegen den Militarismus zu schaffen, gleichzeitig gehe man sofort daran, den Generalkongress zu organisieren. Die Majorität der französischen Delegation werde von diesem Gesichtspunkte aus für die holländische Resolution stimmen.

Turati (Italien): Er wolle die bereits erfolgten Erörterungen nicht fortsetzen, sondern sich mit der Erklärung begnügen, daß sie für die deutsche Resolution stimmten. Die holländische Resolution sei gewiß edel gedacht, aber ihre Durchführung heute unmöglich, wir wüßten sie verschoben bis zum Tag, wo wir die Macht hätten, und dann wäre sie unnötig. Wir schenken uns auch vor der Verantwortung eines solchen Beschlusses; wenn wir nicht bloß Maulhelden, sondern Männer der Tat sein wollen, so müssen wir die Beschlüsse ausführen, und bei dem Geldsinn und Opfermut unserer englischen Genossen wissen wir, daß sie sich dann in den Tod stürzen würden, ohne etwas auszurichten. Der allgemeine Streik würde zur allgemeinen Katastrophe. Er wolle auch noch beifügen, daß der von den Bourgeois und Regierungen künstlich genährte Franzosenhaß bei den italienischen Sozialisten keinen Boden findet; im Gegensatz der italienischen Sozialisten sei der Chauvinismus tot, die Propaganda der italienischen Sozialisten immer antischaubinistisch und antimilitaristisch gewesen. Und die Einigkeit der Arbeiter aller Länder beherrsche heute alle Herzen, sei Tatsache geworden. (Großer Beifall.)

Katkovsky im Namen der bulgarischen Delegation erklärt, daß die Bulgaren gegen den Despotismus im eigenen Lande ebenso energisch Front machen, wie gegen den Despotismus der Regierungen und des Kapitalismus in Deutschland und Frankreich, der Krieg unterstütze diesen Despotismus, deshalb ist die bulgarische Delegation für den Weltfrieden. Wir verwerfen den Militärestreit, weil er unmöglich ist und weil er die Reaktion eine neue Waffe gegen uns gewähren würde; er würde, wenn er wüßte, den Sozialismus für lange Zeit hinaus zu Boden schmettern. Aber wir sind auch gegen den Generalkrieg der Arbeiter, weil er eine Illusion ist und wie jede Illusion zum Unheil der Arbeiter ausfallen würde.

Scenja (Australien): Ich komme aus einem Lande, wo es weder eine Militärmacht noch eine Diplomatie gibt. Deshalb kann ich es nicht verstehen, wie sich darüber noch dazu kommandieren lassen können, sich gegenseitig zu zerfleischen; würde ich zu einem solchen Morde kommandiert werden, so würde ich der erste sein, der meinen Kommandanten niederschlägt; aus diesem Grunde stimme ich für den holländischen Antrag.

Meunier (Frankreich): Auch in Holland ist der Kampf gegen den Militarismus mit Gefahren verbunden, wie der Prozeß beweist, der gegen mich wegen Aufreizung zum Umsturz auf Grund meiner Brüsseler Resolution eingeleitet wurde. Der sozialdemokratische Militärbund Hollands wünscht telegraphisch die Annahme der holländischen Resolution.

Liednecht gibt in deutscher Sprache das Schlüsselwort Plechanow's, dessen Ausführungen von den Franzosen, einigen Holländern, dem englischen Anarchisten Marday und ein paar Genossen des famosen Miles in ungehörigster Weise unterbrochen worden waren, so daß Plechanow schließlich zum Abbruch seiner Rede gezwungen war. Es sei falsch, von einer deutschen Resolution zu sprechen, diese Resolution sei nichts anderes als die vor zwei Jahren in Brüssel von der Majorität des Kongresses angenommene deutsch-französische Resolution, deren Verfasser Bailliant sei, der tapfere Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie, dessen Namen in der internationalen Sozialdemokratie einen guten Klang habe. Aber um ein falsches Vorurteil zu erwecken, spreche man immer von einem deutschen Antrag. Plechanow gab dann ein längeres Referat aus diesen Ausführungen Bailliant's, der darauf hingewiesen, daß der Dreibund nicht schmächtlicher sei als der Zweibund zwischen Rußland und dem Frankreich, das vor 100 Jahren die Menschenrechte proklamiert hat und heute vor dem russischen Zar auf den Knien ruft. Das war eine freie Rede, frei von jedem Chauvinismus, und in diesem Geiste müssen auch wir den vorliegenden Antrag behandeln. Von diesem Gesichtspunkte geht auch eine Erklärung eines Teiles der französischen Delegierten aus. Diese lautet:

Wir glauben nicht für die Resolution Domela Meunierhuts stimmen zu können, da sie nach unserer Meinung zu einer unnützen Meuterei führen würde; ganz abgesehen davon, daß nicht einmal angedeutet ist, wie der Militärestreit in Angriff ge-

nommen werden sollte. Ueberdies sind wir der Meinung, daß selbst diejenigen, welche für die Proposition Meunierhuts stimmen, trotzdem den deutschen Antrag nicht zurückweisen können, welcher erklärt, daß das einzige Mittel, den Krieg zum Verschwinden zu bringen, die Beendigung des Klassenkampfes durch Vernichtung des Kapitalismus ist. Die Resolution Meunierhuts ist für uns eine gefährliche Illusion. Jeder Sozialist kann und muß für den deutschen Antrag stimmen, wie er auch immer über die Vorschläge Domela Meunierhuts denken mag. Jaclard (Syndikat der soz. Presse). Bonnier (Arbeiterpartei). Dehay (Revolutionäres Zentralkomitee). Weber (unabhängige Sozialisten).

Meunierhuts habe ihn den Anschein erweckt, als hätte er den Antrag auf Einführung des Volapük für sich bereits in die Tat umgesetzt, denn so wenig Bogli und Sinn habe seine Rede verraten. Er habe den Deutschen Chauvinismus vorgeworfen, aber seine ganzen Ausführungen hätten nur bezweckt, die Eifersucht der Franzosen gegen Deutschland zu erwecken. Ja, mein Herr, man darf nicht die geringsten chauvinistischen Gefühle haben, und Schwach benen, welche hierher mit solchen Gefühlen gekommen sind, Schwach benen, welche in ihrem Herzen nationale Eifersucht und nationalen Haß verbergen; — und ich, ich soll diese zehnfach verdammenwertigen Gefühle hegen? Man hat sie den Deutschen vorgeworfen, und man hat sich hier auf eine Rede Bebel's berufen, der angeblich Nationalhaß gegen Rußland gepredigt haben soll. Diesem aber entgegen ist, wenn Bebel in Wahrheit das gesagt haben soll, was man ihm vorwirft, ja er ist ein Chauvinist, und ich, der Russe, der seine Ansicht theilt, ich bin dann ein Verräter an meinem Vaterlande! Aber liegt denn die Sache wirklich so, wie man angibt? Was hat da Bebel gesagt, welchen Nationalhaß hat er denn gepredigt. Nun wohl, Bürger, er hat gegen das offizielle Rußland gesprochen, er hat den Zaren benannt, er hat ihn an den Schandpfahl der Geschichte gestellt. Ja, in Bezug auf diesen sind wir in voller Übereinstimmung mit unserem Freund Bebel. Es ist hohe Zeit mit dem russischen Zaren ein Ende zu machen, der Schwach der ganzen zivilisierten Welt, der beständigen Gefahr des europäischen Friedens und kulturellen Fortschrittes. Und je mehr unsere deutschen Freunde den Zarenismus angreifen, desto mehr Dank wissen wir ihnen. Bravo meine Freunde, schlägt ihn auf das Haupt, zieht ihn auf die Anklagebank, so oft ihr nur irgend könnt, greift ihn mit allen Mitteln an, die Euch zu Gebote stehen. Und was das russische Volk anbetrifft, so weiß das selbe, daß unsere deutschen Freunde seine Freiheit wollen.

Niemand hat durch Annahme unserer Resolution gegen das russische Volk gesprochen, vielmehr nur gegen den Zarenismus. Ginge aber die holländische Resolution durch, so würde nur der Zar unterdrückt werden, der Mann, der die Freiheit unterdrückt, das Volk ausgehungert hat, der Mann, der fallen muß mit seinem ganzen System, wenn das russische Volk, wenn die Freiheit siegen will. Wenn die deutsche Armee über unsere Grenzen einziehen würde, so kämen sie als Befreier, wie die Franzosen des National-Kongresses vor 100 Jahren nach Deutschland kamen, um als Sieger über die Fürsten dem Volke die Freiheit zu bringen.

Man spricht davon, daß die russische Gefahr durchaus nicht so drohend ist. Aber haben sie denn vergessen, daß der russische Zar sich mit Ihrer (zu den Franzosen gewandt) Bourgeoisie alliiert hat, daß er der Mörder des Bolens ist, wie kann Frankreich seine alte revolutionäre Vergangenheit so sehr vergessen, daß es sich durch Annahme der holländischen Resolution zum Helfershelfer des Zarenismus machen will?

Die holländische Resolution ist nur eine Phrase, deren Durchführung im besten Falle, wie die französische Minorität anführt, zu einer Meuterei führen würde, und zwar zu einer Niedermetzelung der Besten des Proletariats, ohne dem Despotismus den geringsten Schaden zuzufügen. Eine russische Gefahr besteht angeblich nicht, aber fragen Sie nur einmal die Delegierten Ungarns, Bulgariens, Serbiens, welche Gefahr ihnen von Seiten des russischen Zarenismus droht.

Meunierhuts wies darauf hin, daß die deutsche Bourgeoisie einen intensiven Haß gegen Frankreich nährt, der über kurz oder lang zu einer Invasion der deutschen Armeen nach Frankreich führen müsse. Sei denn die deutsche Invasion weniger gefährlich als die russische Invasion?

Das aber ist doch eine völlige Verkenning des Tatsachenverhaltes. Wir haben in Frankreich und Deutschland ein organisiertes Proletariat und die Völker haben deshalb dafür zu sorgen, daß eine solche Invasion nach Frankreich führen müsse. Aber um dies zu erreichen, muß jeder Chauvinismus in Frankreich und in Deutschland ausgeremert werden, und damit dies geschehe,

nehmen Sie die vorgeschlagene Resolution mit überwältigender Majorität an als Demonstration des gewaltigen und einmütig geschlossenen Proletariats.

Bei der Abstimmung nach Nationen über die holländische Resolution stimmten für dieselbe Australien, Holland, Frankreich, Norwegen, die 14 übrigen Nationen dagegen. Bei der darauffolgenden Abstimmung über das Amendement der Belgier, daß die Vertreter der Arbeiter im Parlament verpflichtet sein sollen, gegen jedes Kriegsbudget zu stimmen und für allgemeine Entwaffnung einzutreten, wird dasselbe mit großer Majorität angenommen. Bei der Abstimmung über die deutsche Resolution einschließlich des belgischen Amendements enthalten sich Australien, Amerika, Holland, Frankreich und Norwegen der Abstimmung. Die übrigen 14 Nationen stimmten für die deutsche Resolution.

Schluß der Sitzung.

Neunte Sitzung.

Freitag Vormittags 9 Uhr. Volbers (Brüssel) übernimmt den Vorsitz, tritt, bei den vorstehenden Diskussionen sich möglichst kurz zu fassen; für die große Zahl der Verhandlungsgegenstände stehen nur zwei Tage zur Verfügung.

Die holländische Fraktion protestiert dagegen, daß Plechanow sein Schlusssreferat dazu benützt habe, Unwahrheiten zu sagen. Die Brüsseler Resolution sei keine französisch-deutsche, denn die Franzosen hätten in Brüssel für seine Resolution gestimmt.

Die holländische gibt an Stelle des abwesenden Plechanow die Erklärung ab, er habe es des Kongresses unwürdig, auf persönliche Streitigkeiten einzugehen. Die Resolution sei eine französisch-deutsche, denn der Franzose Wallant und der Deutsche Liednecht habe sie eingebracht und die Majorität des Kongresses akzeptiert.

Ich habe eine weitere Mitteilung zu machen. Der Kongress seien 20 Nationen vertreten; bisher hätten nur 19 gestimmt, eine, Brasilien, hat sich enthalten. Dieses Mandat sei ihm von dem sozialdemokratischen Arbeiterbund Brasiliens übertragen worden; um aber eine Häufung der Mandate zu verhindern, habe er dasselbe bisher nicht ausgebaut. Es wäre aber ein Unrecht gegen Brasilien, wenn er dieses Mandat nicht wenigstens von jetzt ab ausübte.

Für die Mailfelder referiert Adler; die Kommission hat folgende Resolution verabschiedet:

1. Der Kongress erneuert den Beschluß des Brüsseler Kongresses, welcher lautet: „Um dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter der Forderung des Achtstundentages und der Bekämpfung des Klassenkampfes zu wahren

Beschließt der Kongress: Der erste Mai ist ein gemeinsamer Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

2. Der Kongress beschließt folgenden Zusatz:

Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.

3. Der Kongress beschließt ferner:

Die Kundgebung des 1. Mai für den Achtstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes wie zum internationalen Frieden führt.

Dr. Adler-Wien: Um zwei Dinge handelt es sich: der Kommission haben eine Anzahl Anträge vorgelegen, den 1. Mai nicht zu einer Manifestation für den internationalen Friedensdemonstration zu gestalten. Zweitens haben wir Oesterreicher einen Antrag eingebracht, der sich nicht auf den Inhalt, sondern auf die Form der Mailfelder bezieht. In der Frage der Friedensdemonstration sind der Kommission eine Reihe von Anträgen aus Frankreich zugegangen, die sich für diesen Gedanken aussprechen. Ebenso viel französische Parteigruppen wie für, haben sich aber auch gegen diesen Gedanken erklärt. Die Oesterreicher, Belgier, Italiener u. s. w. waren in der Kommission der Ansicht, daß eine besondere Friedensdemonstration überflüssig sei, und zwar weil der 1. Mai an und für sich die mächtigste Friedensdemonstration wäre. Belgien er-

klärte, eine internationale Friedensdemonstration sei deshalb gefährlich, weil es eine sehr biqueme und billige Sache sei, der sich auch die Bourgeoisie, soweit sie nicht Gesandte mache, die im höchsten Maße harmlosen Friedenskongressler, anschließen würden. Die bürgerlichen Friedensvereiner nehmen auf ihren Kongressen Resolutionen gegen den Krieg an und bewilligen dann, soweit sie Parlamentarier sind, das Militärbudget ihrer Regierungen. Mit diesen Leuten wollen wir nichts zu tun haben, diese Leute wollen wir nicht bei uns haben. (Lebhafte Zustimmung.) Aber die Engländer sprachen diesmal den besonderen Wunsch aus, daß die Friedensdemonstration mit dem 1. Mai vereinigt würde. Die Trades-Unions sind entschlossen, diesmal die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten zu lassen (Beifall) und sie meinen, daß ihnen die Durchführung viel leichter werden würde, wenn der internationale Frieden mit zum Gegenstand der Demonstration gemacht würde. Deshalb haben die Deutschen einen entsprechenden Antrag gestellt, dem sich die Oesterreicher und andere Nationen angeschlossen haben. Die Friedensdemonstration am 1. Mai soll danach so veranstaltet werden, daß die Proletarier, indem sie mit allen Mitteln für die proletarische Revolution damit gleichzeitig für den Frieden demonstrieren, also in einer Form, die uns die „Friedensengel“ der sektiererischen Bourgeoisie vom Leibe hält. Die zweite Frage hat mehr zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß gegeben. Wir Oesterreicher beantragen, daß der Brüsseler Beschluß in Bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht nur erneuert, sondern in der Form verschärft werde. Es scheint uns, als nähmen es verschiedene Länder zu leicht mit dem, was möglich und was nicht möglich ist am 1. Mai. Der agitatorische Charakter des 1. Mai als einer wirklich proletarischen und revolutionären Demonstration kann allein erhalten werden durch die Arbeitsruhe. (Beifall.) Das sprach der Brüsseler Beschluß aus. Die Engländer, die gegen ihn gestimmt hatten, erklärten sich fügen zu wollen. Trotzdem verlegten sie nicht einmal die Felle auf den 1. Mai, sondern wieder auf den ersten Sonntag im Mai. Deutschland zählte von vornherein zu den Ländern, wo die Arbeitsruhe unmöglich ist. In Frankreich war zwar in Paris die Arbeitsruhe gering, in der Provinz aber wurde der 1. Mai ausgiebig und würdig gefeiert. Die Sache liegt jetzt so: Machen wir nicht einen Schritt vorwärts, so wird die Mailfelder einschlagen. (Zustimmung.) In ihr aber sehen wir Oesterreicher den mächtigsten Hebel der Agitation, das beste Mittel zur Aufwählung des Proletariats. Sie ist eine proletarische, eine Klassenfeier, nicht bloß eine sozialdemokratische Feier. Darum sind wir der Ansicht, daß man es jenen Ländern, die andere Methoden der Demonstration befolgen, nicht zu leicht machen dürfe mit dem 1. Mai. Wir Oesterreicher sind durch das Verhalten der Ausländer, besonders der Deutschen schwer geschädigt worden in unserer Agitation. (Zustimmung.) Wir wollen den Deutschen nicht, wir begreifen ihr Verhalten, aber wir entschuldigen sie nicht. Auch in Deutschland wurden einige Stimmen für die Arbeitsruhe laut, ja ganze Orte waren dazu bereit, aber sie wurden durch den Beschluß des deutschen Parteitages daran gehindert. Um so mehr hat es mich gefreut, daß von deutscher Seite der Antrag auf Arbeitsruhe in der Kommission gestellt wurde, den wir hier bringen und dem sich die Schweiz, Italien und England angeschlossen hat. Von nun an wird ja auch England am 1. Mai Arbeitsruhe haben. Da ist es sehr möglich, daß dort bald eine größere Mailfelder zu Stande kommt, als in Deutschland. Wird unser Antrag angenommen, so steht der Brüsseler Beschluß aufrecht: Arbeitsruhe dort, wo es nicht unmöglich ist. Aber jeder Partei wird es außerdem als Pflicht auferlegt, dort, wo die Arbeitsruhe heute noch nicht möglich ist, es möglich zu machen. Die Deutschen sollen sich ihrer Pflicht bewußt werden, daß es nicht mit der bloßen Erklärung: Es geht nicht — abgemacht sein darf. Man kann zu dem wirklich nicht für ein ganz großes Reich erklären, die Arbeitsruhe ist möglich, oder sie ist ausgeschlossen. Wie in Oesterreich ist in Deutschland die Arbeitsruhe in manchen Orten möglich, in anderen nicht. In Deutschland war man aber viel strenger darin, den Beschluß, keine Arbeitsruhe einzutreten zu lassen, aufrecht zu erhalten, als man streng darauf geachtet hätte, die Felle am 1. Mai und nicht an irgend einem Sonntag im Monat zu veranstalten. (Zustimmung.) Künftig hat die Partei in allen Ländern, wo die Arbeitsruhe bisher unmöglich war, sie möglich zu machen, sie hat die Organisationen, die feiern wollen, zu unterstützen, zu ermutigen, nicht zu entmutigen! (Bravo!) Wir Oesterreicher sind kein: Träumer, ja Manche hier im Saal vielleicht zu nüchtern. Wenn wir die Mailfelder als vorzügliches Agitationsmittel erkannt haben, so entspringt das nicht der Phantasie, sondern der Realität. Der Kopf ist gewiß eine wichtige Sache, aber das Gefühl der internationalen Solidarität, das die

Maisier im letzten Proletariat weckt, dem wir mit unseren Argumenten gar nicht beikommen, dies Gefühlsmoment ist auch eine Realität. (Bravo!) Wir wären ebenso schlechte Politiker, wenn wir den Kopf, als wenn wir das Herz vernachlässigen wollten. (Beifall.)

Wagwell (Unabhängige Arbeiterpartei Englands) spricht für die Majorität der Engländer seine Sympathie mit der Resolution aus. In England habe man bisher aus Rücksichten für die großen Gewerkschaften die Feier am Sonntag begangen. Der Erfolg sei auch nicht ausgefallen, doch sei es Zeit, davon abzugehen und am 1. Mai zu demonstrieren. Das erste und zweite Mal werde die Demonstration vielleicht schwächer ausfallen, allmählich aber werde sie zu einer mächtigen Demonstration. Bereits hätten infolge der Achtstunden-Demonstration die Parlamente sich mit der Frage beschäftigt. Nun sollte man auch noch die internationale Friedensdemonstration einbeziehen, damit auch diese Frage in Fluß komme.

Steabmann (vom Londoner Gewerkschaftsrath) spricht für die Beibehaltung der Feier am ersten Sonntag im Mai im Namen der englischen Minderheit. Die Gewerkschaften-Demonstrationen am Sonntag seien so gewaltig, daß sie nicht bloß auf die Bevölkerung, sondern auch auf die beiden großen politischen Parteien, Liberale und Konservative, Eindruck gemacht haben. Sie seien nicht weniger begeistert für die Maisier als die anderen, aber die praktischen Gründe sprechen für ihre Haltung, denn nur am Sonntag seien solche große, eindrucksvolle Massendemonstrationen möglich.

Van der velde (Brüssel) macht auf einen Unterschied im Text aufmerksam. Der französische spreche von Demonstration, der deutsche von Festtag; man müsse hier einen einheitlichen Text herstellen, die Resolution habe in Oesterreich, Deutschland, Italien u. s. w. sofort Anhang gefunden, die Franzosen hätten aber Widerstand gegen die Bezeichnung Festtag geleistet. Denn das Blutvergießen in Fourmies könne man nicht Festtag nennen. Man müsse manifestieren, nicht feiern. Wollte man aber feiern, dann heraus aus den Fabriken, und die Arbeit ruhen lassen.

Webel: Freund Adler begann seine Auseinandersetzungen mit der Erklärung, daß die Kommission in ihrer Majorität der Meinung gewesen sei, man müsse den Wortlaut der Brüsseler Resolution verschärfen, weil es einzelnen Nationen zu leicht gemacht sei, dem Brüsseler Beschluß sich zu entziehen, das treffe auch für Deutschland zu. In Brüssel sei der Ruhetag beschlossen worden, somit dessen Durchführung nicht unmöglich. Man ist von dem Gedanken ausgegangen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seien in den einzelnen Ländern zu verschieden, man müsse daher den einzelnen Nationen die Freiheit gewähren, nach Maßgabe ihrer Verhältnisse über die Form der Maisier zu beschließen. Gewiß können unter den Genossen sowohl des einzelnen Landes, als namentlich auch des Auslandes, Meinungsverschiedenheiten darüber entstehen, welche Form der Maisier im einzelnen Falle zu wählen sei. Aber man müsse doch in jede Nation das Vertrauen setzen, daß sie selber am besten zu beurtheilen verstehe, wie sie die Entscheidung zu treffen habe. Auf dem deutschen Parteitag, an dem auch Adler theilgenommen, sei die Frage eingehend erörtert worden und mit 228 gegen 6 Stimmen wurde beschlossen, von der Arbeitsruhe am 1. Mai abzusehen. Die Versammlung hat damit die Frage keineswegs ein für allemal entschieden; auch der Parteitag hat ausgesprochen, daß die Arbeitsruhe die wichtigste Form der Feier sei, ob sie jeweils durchführbar sei, das hat nach Maßgabe der politischen und ökonomischen Lage der Parteitag von Fall zu Fall zu entscheiden. Ein prinzipieller Gegenstand besteht also nicht, aber wir müssen uns das Recht vorbehalten, selbst zu entscheiden, ob die Arbeitsruhe durchzuführen ist oder nicht. Unter keinen Umständen können wir dem zweiten Theile der vorgeschlagenen Resolution zustimmen. Dieser steht auch in unlösbarem Widerspruch mit dem ersten Theil, der den Brüsseler Beschluß wiederholt. In Brüssel wurde ausdrücklich jeder Nation das Recht zugestanden, die Form der Feier selbst zu entscheiden. Sie wiederholen heute diesen Beschluß und wollen hinterher gleich jedem Lande die Verpflichtung auferlegen, die Feier in einer ganz bestimmten Form zu begehen. Das ist undenkbar. Wie gestaltet sich diese Sache in der Praxis? Man nehme an, in einer Versammlung beschließt ein kleiner Theil die Arbeitsruhe; die große Mehrheit ist dagegen; auch der Parteitag hat einen gegentheiligen Beschluß gefaßt. Was ist nun die Folge? Nach dieser Resolution muß die Majorität der Minderheit sich fügen, wider alle bessere Ueberzeugung Beschlässe zur Ausführung bringen, die man als falsch, als schädlich erkannt hat. Das ist geradezu ein Bruch der Parteidisziplin. Und die Partei muß nicht nur die moralische, sondern auch die finanzielle Verantwortung dafür übernehmen. Tausende von Arbeitern werden eritzungslos,

auf die Straße geworfen; andere werden wegen Kontraktbruch gerichtlich bestraft. (Zuruf der Oesterreicher: Auch bei uns!) Und nach einem Gezeck aus dem Jahre 1891, das geradezu für diesen Zweck ausgearbeitet worden, werden Tausende von deutschen Arbeitern noch dazu mit dem Verluste eines ganzen Wochenlohns bestraft. Wir haben also dann die Verpflichtung, alle diese Opfer materiell zu unterstützen. (Zurufe aus den anderen Nationen: Nein! Nein! von den deutschen: Jawohl!)

Wenn in Deutschland der Beschluß der Arbeitsruhe gefaßt wird, dann haben wir auch die Verpflichtung, daß dieser Beschluß in würdiger Form durchgeführt wird. Und dann wird eine Schlacht mit der Bourgeoisie und Regierung entbrennen, wie in keinem anderen Lande der Welt. Nehmen wir aber diesen Kampf einmal auf, dann wollen wir auch den Tag der Schlacht selber wählen. (Großer Beifall.)

Nun klagen die Oesterreicher uns an, daß wir ihnen durch unseren Standpunkt ihren Kampferzwert haben. Ich habe das immer anerkannt und lebhaft bedauert. Aber soweit dürfen wir die Selbstverleugnung doch nicht treiben, daß wir, bloß um ihnen ihren Kampf zu erleichtern, unsere eigene Partei und deren Lebensinteresse aufs Schwerste schädigen. Wie sie müssen wir auch hierbei unsere eigenen Wege gehen.

Wir haben hierin auch unsere Erfahrungen. 1890 hat eine Stadt, wo unsere Parteigenossen am besten diszipliniert sind, aber die geschlossensten und stärksten Organisationen und die reichsten Mittel verfügen, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen versucht. Der Versuch mußte mit schweren Opfern bezahlt werden und hat uns belehrt, daß die Opfer in absolutem Mißverhältnis zum Erfolg stehen, nicht bloß zu erreichen, sondern erreichbaren. Und wie in Hamburg, so ist es überall.

Noch eines: Wir haben in Deutschland ca. 2/3 Millionen Staatsarbeiter im Eisenbahn- und Postbetrieb, in den Bergwerken u. s. w. Alle diese Hunderttausende sind in Folge der dort gehandhabten Disziplin unmöglich in der Lage, einen solchen Beschluß durchzuführen. Andererseits gebe es große Bezirke in Deutschland, wo unsere Partei stark vertreten, wo wir angesichts der traurigen Erwerbsverhältnisse den Arbeitern die Arbeitsruhe einfach nicht zumuthen können.

Von der deutschen Delegation werden also höchstens ein paar Delegierte diesem Beschluß zustimmen. Ganz unannehmbar ist die vorliegende Fassung des 3. Punktes der Resolution, daß die Klassenunterschiede durch das Mittel der „sozialen Revolution“ beseitigt werden sollen. Damit wäre einfach für eine ganze Reihe deutscher Staaten die Maisier gesetzlich unmöglich. (Beifall.)

Die englische Delegation spricht den Wunsch aus, daß die Diskussion geschlossen, bez. die Redner nach dem Vorschlag Wolders' nur 2 Minuten Redezeit erhalten.

Schumeter (Oesterreich): Wenn die Engländer in ihrer Majorität zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die Feier am 1. Mai möglich ist, und wenn sich die übrigen Gewerkschaften, die sich jetzt noch dagegen erklären, auch zu derselben Ueberzeugung kommen werden, so sei es sehr zu beklagen, daß die deutsche Partei, die sonst vorgibt, an der Spitze der Arbeiterbewegung zu marschieren, hier in dieser Frage im Hinterreffen bleibt! In einigen Orten Deutschlands ist die Arbeitsruhe gewiß möglich, und es ist Punkt 11 der Resolution die weiteste Konzession, die gemacht werden konnte. Bei den unigen Beziehungen zwischen der deutschen und der österreichischen Arbeiterklasse würde ich es lebhaft bedauern, wenn die Deutschen, indem sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren und nicht einmal den Muth haben, den Versuch der Arbeitsruhe zu wagen, uns weiter durch ihr Verhalten zu schädigen.

Scusa, Vertreter Australiens, beklagt sich zunächst darüber, daß ihm, der 5000 Meilen über den Ocean gekommen sei, durch den Schlußantrag das Wort abgeschnitten worden sei.

Wolders erklärt es deshalb für ganz gerechtfertigt, wenn Scusa noch nachträglich das Wort verliert würde und es fährt dann Scusa fort:

Australien nimmt der Maisier gegenüber eine Sonderstellung ein, während für die nördliche Halbkugel der Mai der Anfang des Frühlings sei, stellt er für die südliche Erdhälfte, also auch für Australien, den Winteranfang, etwa dem November entsprechend, dar. Dazu kommt noch, daß in Australien bereits ein Arbeiterfeiertag für das Proletariat vorhanden ist, der Jahrestag des Sieges der Gewerkschaften, an welchem der Achtstundentag erkämpft worden ist und der auch von den Regierungen als Arbeiterfeiertag anerkannt werde. Trotzdem aber schloß sich die sozialdemokratische Partei den Beschlüssen des Kongresses an und feierte auch den 1. Mai, das ist dann freilich kein Feiertag des Proletariats im Allgemeinen, wohl aber der Feiertag der Sozialdemokratie. Wenn auch die Sozialdemokratie noch schwach sei, so habe

sie doch schon kräftige Anläufe zur Entwicklung und je mehr der Sozialismus in der Masse des Proletariats sich greift, desto mehr werde auch der 1. Mai zum allgemeinen Arbeiterfeiertage werden.

Wolders theilt sodann mit, daß in der vorliegenden Resolution, Punkt 3, das Wort „soziale Revolution durch: „soziale Umgestaltung“ ersetzt wird. Nach Vorschlag Webels erfolgt getrennte Abstimmung. Punkt 1 und 3 werden per Affirmation einstimmig angenommen. Bei Punkt 2 erfolgt Nationalitätenabstimmung: für die Resolution stimmten: Holland, Oesterreich, England (Majorität), Amerika, Italien, Spanien, Rumänien, Serbien, Belgien, Frankreich, Schweiz, Ungarn, Polen (5 dafür, 3 dagegen). Gegen dieselbe Deutschland (mit allen gegen 8), Dänemark, Bulgarien, Rußland. Der Stimmenthalt enthalten sich Schweden und Australien.

Nach der Abstimmung erklärt Singer im Namen der deutschen Delegation zu Protokoll, daß die eben behandelte Resolution in den verschiedenen Sprachen verschieden laut. Wäre der deutschen Delegation derselbe Wortlaut zur Abstimmung vorgelegt worden, wie der englischen, so hätte die deutsche Delegation einstimmig dafür gestimmt. Während der deutsche Text davon spreche, daß jeder einzelne Versuch jeder einzelnen Gewerkschaft an jedem einzelnen Orte unterstützt werden müsse, begnügt sich die englische Uebersetzung mit folgender Form:

„Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, die Feier des 1. Mai als einen Tag der Arbeitsruhe zu erstreben und die lokalen Organisationen in ihren Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen.“

Wenig laut der französische Text. Im dritten Punkte der Tagesordnung fehlen in der englischen Uebersetzung die Worte, daß „durch die soziale Revolution“ die Klassenunterschiede zu beseitigen seien. Weiter erklärt Singer, daß auch die deutschen Genossen im Prinzip der Arbeitsruhe ebenso herzlich und aufrichtig zustimmen, wie die Oesterreicher und andere Nationen, aber wir können uns nicht von irgend einem Einzelnen Vorschriften in dieser Richtung machen lassen. (Beifall.)

Zehnte Sitzung.
Freitag Nachmittag 3 Uhr.

Zur Debatte gelangt, da die Resolution zu Punkt 3 noch nicht vorliegt, Punkt 5:

Schutz der Arbeiterinnen.

Berichterstatterin Louise Rautsky (Vertreterin der Wiener Arbeiterinnen) begründet und empfiehlt im Auftrage der Kommission nachstehende Resolution:

In Erwägung,

daß die bürgerliche Frauenbewegung jede besondere gesetzliche Schutzgesetzgebung zu gunsten der Arbeiterin zurückweist, als einen Eingriff in die Freiheit der Frau und ihre Gleichberechtigung gegenüber dem Manne;

daß sie damit einerseits den Charakter unserer heutigen Gesellschaft unbeachtet läßt, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse — der Frauen sowie der Männer — durch die Kapitalistenklasse beruht; und andererseits die durch die Differenzierung der Geschlechter geschaffene besondere Rolle der Frau verkennt, nämlich ihre für die Zukunft der Gesellschaft so wichtige Rolle als Mutter der Kinder;

erklärt der Internationale Kongress in Zürich:

Es ist die Pflicht der Arbeitervertreter aller Länder, nachdrücklich für den gesetzlichen Schutz aller Arbeiterinnen durch Verwirklichung folgender Maßregeln einzutreten:

1. Einführung des achtstündigen Maximalarbeitstages für Frauen und eines sechsstündigen für Mädchen unter achtzehn Jahren;
2. Festsetzung eines ununterbrochenen Ruhetages von 36 Stunden pro Woche;
3. Verbot der Nachtarbeit;
4. Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsschädlichen Betrieben;
5. Verbot der Arbeit schwangerer Frauen 2 Wochen vor und 4 Wochen nach der Niederkunft;
6. Aufstellung von Fabrikinspektorinnen in genügender Anzahl in allen Industriezweigen, wo Frauen beschäftigt sind;
7. Anwendung obiger Maßregeln auf alle Frauen, welche in Fabriken, Werkstätten, Bädern, in der Hausindustrie oder als Landarbeiterinnen beschäftigt sind.

In den zwei Sitzungen der Kommission wurde beschlossen, den ursprünglichen Antrag mit Ausnahme des letzten Satzes beizubehalten. Einige entschiedene Gegnerin war nur bei den zwei belgischen Delegirten vorhanden. Die belgischen Delegirten sind gegen jede Schutzgesetzgebung, insbesondere gegen die 7-ten Punkte der Resolution mit der Begründung, daß alle solche Gesetze nur eine Benachtheiligung der Frauen zu gunsten der Männer bedeuten. 37 Vorschläge gaben

nur auf Fachschulen, Gewerbeschulen und Suppentischen hin. Diese Vorschläge wurden jedoch von den übrigen Mitgliedern der Kommission abgelehnt. Dagegen wurde der Zusatz der Italiener, auch die Landarbeiterinnen mit einzubeziehen, mit großer Majorität angenommen. Die gegenwärtig vorliegende Resolution wurde mit allen Stimmen gegen die Belgierinnen und den Franzosen Kuefer angenommen, welcher letzterer wohl mit der Resolution einverstanden war, aber auch andere Forderungen mit einbezogen haben wollte, aus den Debatten ging hervor, daß die weibliche Arbeit in allen Ländern am meisten angebenet werde, hier fallen längere Arbeitszeit mit niedrigerem Lohne überall zusammen. Auch das Trudsystem ist bei den Frauen durchwegs mehr vorhanden als bei den Männern; dazu kommt noch, daß die Arbeit des Mannes abgeschlossen ist, wenn er die Werkstatt verläßt, während für die Frau dann erst noch die Arbeit im Haushalt, die Kindererziehung beginnt. — Der Arbeitslohn der verheirateten Frau ist nur als Zubuße zu dem Lohne des Mannes aufzufassen. Immer sind bisher die Frauen die Mauerbrecherinnen für den Schutz der Männer geworden, indem die Verfürzung der Frauenarbeit weist auch in den Gewerben, in welchen Männer und Frauen zusammenarbeiten eine Verfürzung der Arbeitszeit der Männer im Gefolge gehabt haben. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse man den Schutz der Frauen betrachten. Dabei muß man im Auge behalten, daß die lange Arbeitszeit der Frauen in Verbindung mit ihrem geringen Lohne eine Degeneration der ganzen Arbeiterklasse im Gefolge hat. — Wir stellen unsere Forderung auf Schutz der Frauen nicht im Interesse unseres eigenen Geschlechtes, sondern zur Förderung der Interessen der ganzen Gesellschaft. Die Männer kämpften bisher nur mit einem Arm, der linke Arm, die Frau fehlte, wird die Frau noch mit einbezogen, dann sei erst der ganze Kampf fertig.

Eine Anzahl von Delegirten Australiens, Spaniens, Hollands, Englands beantragen, daß auch die Forderung: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ mitaufgenommen werde. Franklin Glash (Belgien) befürwortet diesen Antrag. Der Arbeiterinnenbund von England und Irland beantragt folgenden Zusatzantrag:

Der Kongress verwirft die Bestrebungen der Mittelklasse, welche angeblich die Frauen der Arbeit schützen wollen, aber sich gegen eine Gesetzgebung wenden, welche die Macht der Arbeitgeber mit Bezug auf die Ueberarbeitung und schlechte Bezahlung brechen will.

Der Kongress erklärt sich gegen die Anstellung von Frauen und Kindern zu niedrigen Löhnen, mit der einzigen Absicht, gegen die männlichen Arbeiter aufzutreten und den Verdienst der männlichen Arbeiter herunterzubringen.

Zur Bekämpfung dieser Uebelstände wünscht der Kongress, daß die Arbeiter der ganzen Welt sich bestreben, Frauen und Kinder zur Bildung von Vereinen bezw. Gewerkschaften zu veranlassen und denselben gleiche Bühnen zu sichern wie den Männern.

Ferner sollten die Arbeiter von ihrer politischen Macht solchen Gebrauch machen, daß alle Gesetze, welche schädliche Industrien, Verfürzung der Arbeitszeit zc. betreffen, auf die Frauen sowohl als auf die Männer Anwendung finden.

Frau Dworak (Oesterreich). Wir verlangen keinen besonderen Schutz für uns Frauen, abgesehen von der Zeit, zwei Wochen vor und vier Wochen nach der Entbindung, welchen Reservatschutz uns wohl kein Mann übel nehmen wird. Wir sind davon überzeugt, daß dieser Schutz, wie er in Oesterreich bereits verwirklicht ist, viel zu gering ist, wir beantragen deshalb auch eine sechsmonatliche Schonungszeit nach der Entbindung, stehen aber auf den Widerstand der Engländer, die in dieser Beziehung noch gar keine gesetzlichen Bestimmungen haben und die deshalb mit der geringeren Forderung beginnen müssen, um überhaupt Erfolge zu erzielen. Hauptnachdruck legen wir aber auf Einbeziehung der Hausindustrie unter die Schutzgesetzgebung, weil hier Arbeitszeiten von 13—16 Stunden üblich sind.

Frau Kollhoff (Italien) vertritt den Standpunkt des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit, weil sonst eine Verdrängung der männlichen Arbeit durch die Frau die unausbleibliche Konsequenz sein würde, außerdem liegt die Gefahr nahe, daß sonst die Frau in Masse zur Prostitution gedrängt werden würde, deshalb beantrage sie einen Zusatz zu der vorliegenden Resolution.

Clara Zetkin: Die Frage des Lohnminimums gehört nicht zur Tagesordnung, kann aber bei diesem Punkte gar nicht zur Debatte gezogen werden; außerdem aber ist die gesetzliche Regelung eines Lohnminimums oder gleichen Lohnes für gleiche Arbeit eine Utopie. Der Einwand der Vorrednerin, daß wenn das Lohnminimum nicht gefordert würde, die Arbeiterinnen auf dem industriellen

Gebiete den Mann vollständig verdrängen würde, das ist durchaus unbegründet, es würde vielmehr durch die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen die Arbeitszeit der Männer gleichmäßig verkürzt und demnach auch die Nachfrage nach Händen steigen und damit auch die Löhne in die Höhe gehen. Damit aber fällt auch der Einwand, daß die Prostitution bei den geschäftigen Arbeiterinnen größeren Umfang annehmen würde. Gerade das Gegenteil lehrt die Erfahrung, die nicht geschäftigen Arbeiterinnen stellen das größte Kontingent zur Prostitution. Dann muß ich mich auch gegen Frau Glays wenden, der Standpunkt, den diese Delegierte vertritt, ist der alte frauenrechtlerische Standpunkt, wegen der prinzipiellen Bedeutung für einen Proletariatkongress müssen wir dagegen protestieren, daß der frauenrechtlerische Standpunkt, in jedem Mann einen Feind des Weibes zu sehen, zur Anerkennung komme, wir müssen als Proletarierinnen das Kischschuß zwischen ihnen und uns zerschneiden.

Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen bezogen immer, daß zwischen Bürgerfrauen und Proletarierinnen ein unüberbrückbarer Klassen Gegensatz besteht. Die Arbeiterinnen müssen diesem zurufen, wir halten uns für zu gut, Euch die Kaskanten aus dem Feuer zu holen; Eure Privilegien sind die Folgen unserer Armut, Eure Bildung nur ermöglicht durch die uns aufgezwungene Unwissenheit. „Recht auf Arbeit“ in ihrem Munde bedeutet nur Zulassung zu den höheren Berufsstellen und die Abkehr von allgemeinen Menschenrechten haben noch keine der Bourgeoisfrauen veranlaßt, hinauszugehen in die Minen, oder Steine auf den Bau zu schleppen 14 und 16 Stunden lang Tag für Tag. Nicht für Erweiterung der sogenannten Frauenrechte, sondern für Beschränkung der Ausbeuterfreiheit haben die Frauen zu kämpfen.

Frau Frölin (England) ist im Ganzen mit der Resolution einverstanden, aber sie möchte den Passus, bez. die scharfe Fassung gegen die bürgerliche Frauenbewegung gestrichen haben, weil man damit Elemente zurückstoße, die weit mit uns Hand in Hand gehen.

Frau Bankol (Holland) spricht sich gegen die Resolution aus im Namen der belgischen Minorität, zwar nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil sie dieselbe für wirkungslos hält.

In der Abstimmung wird die Resolution mit großer Mehrheit unter Einfügung des Antrages auf gleichen Lohn für Männer- und Frauenarbeit angenommen.

Zur Debatte gelangt Punkt 3:
Die politische Taktik der Sozialdemokratie:

- a) Parlamentarismus und Wahltagitation;
- b) Direkte Gesetzgebung durch das Volk.

Berichterstatter Vandervelde begründet folgende Resolution:

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich. Politische Taktik.

In Erwägung, daß die politische Aktion nur ein Mittel zur Erlangung der ökonomischen Emanzipation des Proletariats ist, erklärt der Kongress unter Hinweis auf die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses über den Klassenkampf:

1. Daß die nationale und internationale Organisation der Arbeiter aller Länder in Gewerkschaften und andere Organisationen zur Bekämpfung des Ausbeuterthums eine unbedingte Nothwendigkeit ist.

2. Daß die politische Aktion notwendig ist sowohl zum Zweck der Agitation und der rückwärtigen Klärung der Prinzipien des Sozialismus, als auch zum Zweck der Erlangung der dringend notwendigen Reformen.

Daher empfiehlt er den Arbeitern aller Länder die Erkämpfung und Ausübung der politischen Rechte, welche sich als notwendig erweisen, um die Forderungen der Arbeiter in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften auf das Nachdrücklichste und Wirkungsvollste zur Geltung zu bringen und die politischen Machtmittel zu erobern, um sie aus Mitteln der Herrschaft des Kapitals in solche der Befreiung des Proletariats zu verwandeln.

3. Die Wahl der Formen und Arten des ökonomischen und politischen Kampfes muß den einzelnen Nationalitäten nach Maßgabe der besonderen Verhältnisse ihres Landes überlassen bleiben. Jedoch erklärt es der Kongress für notwendig, daß bei diesen Kampfen das revolutionäre Ziel der sozialistischen Bewegung, die vollständige ökonomische, politische und moralische Umgestaltung der heutigen Gesellschaft, im Vordergrund gehalten wird. In keinem Fall darf die politische Aktion als Vorwand für Kompromisse und Allianzen dienen, die eine Schädigung unserer Prinzipien oder unserer Selbstständigkeit bedingen.

In Erwägung, daß in der heutigen Gesellschaft die Vertretungskörper das Denken und Fördern der von ihnen Vertretenen nicht

getreu widerspiegeln, und in fernerer Erwägung, daß die fast in den meisten Ländern herrschenden Wahlkreissysteme mit Majoritätswahlen geeignet sind, diese Disharmonie zwischen dem Willen des Volkes und den Bestimmungen seiner Vertreter nach zu verstärken, erklärt sich der Kongress zur vollen Verwirklichung der Volkssouveränität neben dem Vertretungssystem für das Vorschlags- und Bestätigungsrecht (Initiative und Referendum), sowie für das Proportional-Wahl-system.

Vandervelde (Belgien). Der Kommission haben viele Vorschläge vorgelegen, ich will die nicht herühren, welche nicht in der Resolution Aufnahme gefunden haben, erwähnen will ich nur, daß der detaillierte Vorschlag Allemans bezüglich der direkten Gesetzgebung nicht deshalb nicht angenommen worden ist, weil er auf prinzipielle Gegnerschaft gestoßen, sondern weil er in der Form über den Maßnahmen einer solchen Resolution weit hinausging. Dann lagen noch zwei Resolutionen der Holländer vor, die eine Stellung zu den Anarchisten, die zweite Stellung zum Staatssozialismus nehmend. Auf den ersteren Punkt sind wir deshalb nicht eingegangen, weil durch die Haltung des Kongresses unsere Stellung zu den Anarchisten bereits scharf genug umgrenzt ist; auf den zweiten Punkt gingen wir deshalb nicht ein, weil diese Resolution nur in deutscher Sprache vorgelegen hatte und deshalb nicht diskutiert werden konnte und weil andererseits diese Frage wichtig genug ist, um den nächsten Kongress zu beschäftigen. Die Resolution wurde sogleich in ihrer gegenwärtigen Fassung einstimmig angenommen.

Es wurde festgestellt, daß die parlamentarische Taktik nur ein Mittel zum Zweck sein könne, der Hauptzweck ist die Emanzipation des Proletariats, aber um dies zu erreichen, sind auch andere Mittel nothwendig als der Parlamentarismus allein, vor Allem auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung und der Organisation des klassenbewußten Proletariats. Die Gewerkschaftsbewegung ist selbst bei einer starken politischen Agitation durchaus unentbehrlich, denn ohne eine vollkommene Arbeiterorganisation ist es unmöglich, die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zu überwachen. Jeder Arbeiter muß ein eigener Fabrikinspektor sein, das kann er aber nur sein, wenn eine starke Organisation hinter ihm steht. Die Gewerkschaftsbewegung steht in derselben Reihe mit der politischen Aktion. Es wäre demnach verkehrt, wollte man die eine oder die andere Thätigkeit in den Hintergrund drängen; so können wir auch den Standpunkt nicht billigen, die politische Betätigung zu Gunsten der Gewerkschaftsbewegung vollständig zu vernachlässigen. Wir fordern vielmehr durch unsere Resolution die Arbeiter aller Länder auf, von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen, wo sie dieselben besitzen, sie mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, zu erobern, wo sie sie noch nicht besitzen, aber nur zu dem Zwecke, sich die politische Macht zu erobern zur Befreiung des Proletariats von der Herrschaft des Kapitalismus.

Es ist geltend gemacht worden, daß die Arbeiterschutzesetze nichts schützen, daß sie den Arbeitern nichts nützen und daß es demgemäß nutzlose Mühe sei an der Ausgestaltung der Arbeiterschutzesetzgebung mitzuwirken. Demgegenüber aber steht doch das Zeugniß der englischen Gewerkschaftsbewegung. Durch ihre Agitation für die Jehnkundenbill ist es gelungen, eine physische und moralische Hebung der Arbeiterklasse auszubauen; aber das ist gerade das, was wir von der Arbeiterschutzesetzgebung wollen.

Wir verkennen nicht die Gefahren der Korruption durch den Parlamentarismus, da er zu den unnatürlichsten Kompromissen selbst zum Prinzipienverrat führt. Aber diese Gefahr der Korruption liegt nicht im Parlamentarismus selbst begründet, sondern darin, daß die Parlamente sich in der Hand der Bourgeoisie befinden, gelangen die Parlamente erst in die Hand des breiten Proletariats, so ist der Korruption die Wurzel untergraben.

Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit — diese Forderung hat die heutige Gesellschaft schon aufgestellt. Aber diese Dreieinigkeit ist in der heutigen Gesellschaft nur eine Fäße. Die einzige Partei, welche diese Worte verwirklicht hat und auch nur verwirklichen kann, ist die Partei des Proletariats — Gleichheit in den wirtschaftlichen Verhältnissen alles dessen, was Menschenanlieh trägt, Brüderlichkeit in der moralischen Welt.

Die Frage der Kompromisse und Allianzen hat in der Kommission zu heftigen Debatten geführt, aber man gelangte schließlich zu voller Einigkeit. In denjenigen Ländern, in welchen die proletarischen Parteien voll entwickelt sind, wo die Parteien stark dastehen, bedeutet jeder Kompromiß einen Verrat an der Arbeiterklasse; aber es wurde in der Kommission geltend gemacht, daß in den Ländern, in welchen die Arbeiterparteien wenig stark entwickelt seien, wo das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist, das strikte Verbot jedes Kompromisses mit bürgerlichen Parteien den Arbeitern die Hände

fesseln würde. Deshalb hat sich die Mehrheit der Kommission entschlossen, an diese Länder eine gewisse Konzession zu machen, indem sie die Allianzen mit bürgerlichen Parteien den Arbeitern nicht vollständig verbieten hat, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß durch einen solchen Kompromiß nicht die geringste Konzession gemacht werden dürfe, welche von den Prinzipien der Arbeiterklasse auch den kleinsten Theil verweisen würde. Um die Gesetzgebungsmaschine möglichst in Uebereinstimmung mit dem Willen und den Bedürfnissen des Volkes zu bringen, um den Widerspruch zwischen dem Willen des Volkes und den Beschlüssen der Parlamente zu beseitigen, um den jungen Brüdern der Volkssouveränität zu stärken, sind wir in der Kommission übereingekommen, die Einführung der direkten Gesetzgebung, des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes durch das Volk anzustreben.

In Uebereinstimmung mit den Anschauungen einzelner Kommissionsmitglieder wurde dann weiter noch Nachdruck auf das Proportional-Wahl-system gelegt, welches verhindern soll, daß die Minoritäten vergewaltigt werden.

Schließlich habe ich noch im Namen der österreichischen Delegation dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß der Kongress durch eine einmüthige Sympathie-Erklärung an die österreichischen Genossen, welche jetzt im Kampfe um das allgemeine Wahlrecht stehen, den österreichischen Arbeitern seine moralische Unterstützung verleihen möge. Durch eine einmüthig angenommene Resolution werden wir sie in ihrem Beginnen fördern, werden wir ihren Sieg erleichtern, der gleichzeitig ein Sieg des genannten Proletariats ist.

Wiegen spricht für die Majorität der Holländer. In der Resolution der Kommission sind unsere Forderungen großen Theils aufgenommen; nur ein Punkt befriedigt uns nicht. Dagegen sind wir einverstanden, daß auch der ökonomische Kampf aufgenommen wurde. Politische Aktion kann immer nur ein Mittel sein, die ökonomische Macht für die Arbeiterklasse zu erlangen. Die Ökonomie beherrscht die Politik, nicht umgekehrt. Dieser Gedanke war in der Resolution der Deutschen nicht enthalten. Das Kennzeichen des Sozialismus ist, daß ein Mittel zum Zweck erhoben wird. In einigen Ländern handelt man positivistisch, wenn man es auch nicht sagt, und nicht schreibt. Wir verwerfen den Parlamentarismus nicht, aber wir wollen ihn einschränken. Manches Gute liegt in der politischen Aktion, Wahzeiten sind Agitationszeiten. Das allgemeine Stimrecht bietet ein gutes Mittel zur Organisation. Das Böse am Parlamentarismus ist die Korruption. In der Kommission hat Allemans die Folgen des Parlamentarismus in sehr dunklen Farben gezeichnet. Aber nicht nur bei den Gewählten, auch bei den Wählern bricht die Korruption hervor. Um die Kandidaten durchzusetzen, macht man Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien. Man verliert die Prinzipien der Partei und verfolgt nur die Augenblickszwecke. Wir haben ein bestimmtes Mandat für unseren Antrag zu stimmen; wir können also nicht für die Resolution der Kommission, aber auch schlecht dagegen stimmen, deshalb werden wir uns der Abstimmung enthalten.

Die holländische Resolution lautet:

Der Kongress, in Erwägung, daß, wenn die Regierungen dazu übergehen, durch Arbeiter-Reformgesetze kleine Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klasse herbeizuführen, sie dies nur unter der Bedingung thun können und werden, daß diese Verbesserungen unter ihrer Aufsicht zur Ausführung kommen;

in Erwägung, daß solche Verbesserungen zur Reglementierung der Arbeit von Regierung wegen und zur Stellung der Arbeiter unter obrigkeitliche Vormundschaft führen, kurz, uns einen Staatssozialismus bringen, welcher seinen Charakter als Staatssozialismus auch dann beibehält, wenn die Regierer durch das allgemeine Wahlrecht gewählt werden;

in Erwägung endlich, daß eine bauerhafte Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen nicht möglich ist auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln;

erklärt: daß es die Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein muß, bei der Regelung des Arbeitsvertrags das Prinzip der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung für die in Betracht kommenden Arbeiter zu verteidigen und so alle zur Unterdrückung der Arbeiter bestimmten Waffen umzuschneiden in Waffen für die Befreiung der Arbeiter;

erklärt weiter, daß Verbesserungen in der Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft von den Arbeitern nur im Sinne einer Verbesserung ihrer Kampfstellung vollkommen geheißen werden können, und zwar als ein Mittel zur besseren Organisation und zur leistungsfähigeren Durchführung der Expropriation der bestehenden Klassen.

Schluß der Sitzung.

Erste Sitzung. Sonnabend Vormittags 8 Uhr.

Den Vorsitz übernimmt die Genossin Kollischoff (Walland). Man werde von ihr keine lange Rede erwarten; Disziplin, Toleranz, Ruhe — das sind die Forderungen, die wir heute stellen müssen.

Als erster Redner spricht Liebknecht: Es erfüllt uns mit freudiger Genugthuung, daß nach den heftigen Verhandlungen der ersten Tage sich nun eine wunderbare Harmonie in der Frage des Parlamentarismus herausgestellt hat. Gegen den Antrag der Holländer besteht keine prinzipielle Gegnerschaft. Wir akzeptieren ihn nur deshalb nicht, weil wir uns mit dem Staatssozialismus auf einem neuen Kongress auseinandersetzen wollen. Wiegen hat gestern seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß auch wir den Standpunkt vertreten, die politische Aktion sei nur Mittel zum Zweck. Das hat uns so recht gezeigt, wie das Kleinliche, unbrüderliche Gefühl gegen uns entstanden ist. Man macht sich von der deutschen Bewegung eben falsche Begriffe. Ich habe mit Genugthuung den Holländern zu erklären, daß in unserem Programm der Grundgedanke des Klassenkampfes klar und deutlich ausgesprochen ist. Im Programm der Internationalen, im Programm, das sich unser erster Kongress in Nürnberg im Jahre 1888 gab, ist dieser Passus schon aufgenommen. Wir können uns Glück wünschen, daß der Kongress nach heftigen Auseinandersetzungen über die Mythen zur Klarheit gekommen ist, die über uns Deutsche von der Bourgeoisie und der Polizei angehaucht worden sind, als ständen wir nicht mehr auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Unser Programm ist das radikalste von allen Programmen der Bruderparteien. In keinem anderen Lande der Welt herrscht eine solche Klarheit über diesen Punkt, wie bei uns. Diejenigen, die uns angreifen, haben erst von uns gelernt. (Welsch.) Auch über die Frage der Taktik ist gesprochen worden. Die Taktik ist keine Frage des Prinzips, sondern eine der Praxis. Es gibt keine revolutionäre und keine reaktionäre Taktik, sondern nur eine Taktik zu revolutionären oder reaktionären Zwecken. Nach den Verhältnissen richtet sich die Taktik. Wenn an einem Tage sich vierundzwanzigmal die Verhältnisse ändern würden, würden wir vierundzwanzigmal unsere Taktik ändern. (Zustimmung.) Nach dem Verhalten der Gegner richtet sich unsere Taktik. Gäbe es in Deutschland russische Zustände, dann würde uns deutschen Sozialdemokraten nichts anderes übrig bleiben, als die Taktik der Abklisten! (Stürmischer Beifall.) Bei den Umständen, wie sie in Deutschland herrschen, ist es unsere Ansicht, die von allen Bruderparteien, mit Ausschluß der Holländer, in der Kommission getheilt wurde, daß wir verpflichtet sind, alle diejenigen Mittel, die Staat und Gesellschaft uns zur Verfügung stellen, anzuwenden gegen diesen Staat und gegen diese Gesellschaft. Daß wir das allgemeine Wahlrecht benutzen, darin sind auch die holländischen Genossen mit uns einverstanden. Nur die Ausübung der parlamentarischen Thätigkeit wollen die Holländer beschränken. Wir sollen nur protestieren im Parlament, weil der Vertretungskörper reaktionär sei und die Thätigkeit an seinen Arbeiten zu Kompromissen und zur Korruption führe. Auch hier liegt eine Verwechslung des Thatbestandes vor. Ebensovienig wie es eine revolutionäre oder reaktionäre Taktik gibt, ebensovienig ist die Staatsmaschinerie an sich reaktionär. Sie ist nichts als ein Werkzeug zur Ausübung der Macht, eine gewaltige, schneidende Waffe. Wenn mich ein Feind mit der Waffe angreift, so werde ich nicht dadurch seiner Herr, daß ich die Waffe verachte, ich werde sie ihm zu entwenden trachten, wenn ich sie nicht an eigenen Leib empfinden will. Die Macht, die uns gegenübersteht, können wir nur dadurch besiegen, daß wir ihr das gewaltige Schwert entreißen! (Bravo!) Um einen Kampf um die Macht handelt es sich, und dieser Kampf muß auf politischem Boden gefochten werden, um die Gesetzgebungsmaschinerie in die Hand zu bekommen, die unsere Gegner seit hundert Jahren in raffinerter Weise zur Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats anwenden. Die Frage der Korruption ist eine Frage der Organisation der Partei! Die Engländer haben noch keine starke Parteiorganisation, deshalb konnte dort Korruption bei einzelnen Führern, die sich von den Gegnern bestechen ließen, vorkommen. Bei uns wäre ein solcher Abgeordneter sofort ein tochter Mann, ausgedehnt mit Schimpf und Schande aus der Partei. (Schärfster Beifall.) Nur in einem Punkt herrscht Meinungsverschiedenheit in der Kommission. Es war bei der Frage der Kompromisse mit bürgerlichen Parteien. Wir Deutsche sind gegen jedes Kompromiß. Wir wollten der betretenden Stelle in der Resolution die schärfste Fassung geben, die jede Allianz mit bürgerlichen Parteien ausschließt. In der Kommission wurde aber geltend gemacht, daß in einzelnen Ländern, wo die Partei noch jung ist, die Verhältnisse so

lägen, daß sich gelegentlich ein Kompromiß nicht zurückweisen ließe. Da wir nicht glauben, das Recht zu haben, den Genossen derjenigen Länder, in denen ein Kompromiß möglich ist, ihre Taktik vorzuschreiben, bligten wir ein Kompromiß, aber nur unter der Bedingung, daß die Unabhängigkeit der Partei und die Kleinheit des Prinzips dadurch nicht verletzt würden. In Deutschland ist jedes Kompromiß unmöglich. (Beifall.) Wären alle Länder so einig wie Deutschland in dieser Frage, dann brauchte sie den Kongress gar nicht erst zu beschickigen. Die Differenzen, die zwischen uns lagen, waren nicht prinzipieller Natur, das trat sofort zu Tage, sobald die Wollen der revolutionären Phrase, die sich dazwischen geschoben, verweht waren. In der Hitze des Kampfes kann ein Schritt leicht nach rechts oder links gehen werden, der von der Linie abweicht. Aber die Marschroute muß die richtige sein. Die Marschroute der deutschen Bewegung ist klar und bestimmt, sie wird jetzt durch diese Resolution der gesamten internationalen Arbeiterklasse empfohlen. Nehmen Sie die Resolution einstimmig an. (Einstimmiger Beifall.)

Dr. Ellenbogen (Wien): Wenn auch wir Oesterreicher die Gefahren des Parlamentarismus nicht verkennen, so sind wir doch einverstanden mit der vorgeschlagenen Resolution. Bei uns bedeutet der Ausschluß der Arbeiterklasse aus den gesetzgebenden Körperschaften für die herrschenden Klassen ein wohltätiges Dunkel, unter dem sie ihren Herrschaftsgelüsten fröhnen. Wir brauchen den Parlamentarismus dazu, um unsere Bourgeoisie, die sich in einzelnen Teilen unseres Landes so gebärdet, wie wenn Oesterreich in Asien läge, zu zwingen, wenigstens ihre eigenen Gesetze zu achten. Wir wollen den Klassenkampf in das Parlament hineintragen, das wissen die herrschenden Klassen und deshalb liegt es ihnen so am Herzen, uns von den Parlamenten auszuschließen. Wir brauchen den Parlamentarismus weiter — und hier stehen wir im Gegensatz zu Holland — um in den Parlamenten die wirksamste Propaganda zu treiben, die man sich denken kann. Werdendelbe sprach weiter, daß vielleicht in gewissen Sinne Kompromisse notwendig seien, wir Oesterreicher stehen dagegen auf dem Standpunkt, jeden Kompromiß mit voller Entschiedenheit zu verwerfen.

Turati (Mailand) tritt Werdendelbe entgegen und bestreitet, daß Kompromisse bei kleinen Parteien angebracht seien. Im Gegenteil, eine stark und mächtiggeschlossene Partei könne weit eher einen Kompromiß mit bürgerlichen Parteien abschließen, ohne Gefahr zu laufen, etwas an ihrer Bedeutung einzubüßen, während gerade die jungen und schwächeren Parteien eifrigst darauf bedacht sein müssen, ihre prinzipielle Stellung in vollständigster Reinheit zu erhalten.

Cahan (Amerika). Wir sind für die vorgelegte Resolution und wir haben auch danach bisher gehandelt, bei der letzten Präsidentschaftswahl wurden bereits 23,000 sozialistische Stimmen abgegeben. Aber wir verlangen weiter, daß in den Parlamenten nicht bloß propagandistische Arbeit, sondern auch wirklich praktische Arbeit geleistet werden solle. Wir können eine wirksame Propaganda nur dann entfalten, wenn wir auch durch positive Arbeit den Massen etwas bieten. Das beweiskräftigste Beispiel ist Deutschland. Hätten die Deutschen bei der Wiltkavortlage einfach nur prinzipiell protestiert, so hätten sie die Massen in Verwirrung gebracht; so haben sie positiv gearbeitet und Tausende von Anhängern neu gewonnen. Was nun die Gefahr der Korruption betrifft, so hat Newenhaus als ehemaliger Parlamentarier den besten Beweis vom Gegenteil geliefert, aber auch Liebknecht und Bebel sind nicht korumpiert worden.

Allemane (Paris) verteidigt seinen Vorschlag betreffend direkte Gesetzgebung, da er aber in Folge beschränkter Redezeit nicht aussprechen kann, verläßt er unter Protest den Saal.

Die Holländer beantragen, den Kongress nach diesem Traaktandum zu schließen und die nicht erledigten Punkte einem neuen Kongress zuzuschicken. Nach dem Amendement, daß noch die Agrarfrage und die Gewerkschaftsfrage behandelt werden solle, beschließt der Kongress mit 9 gegen 8 Nationen dem Antrage Hollands zuzustimmen.

Cannean (Pariser Gemeinderath): Auch seine Gruppe sei für die parlamentarische Aktion; es sei höchste Zeit, daß die Arbeiter den Standalösen Vorgängen in den kapitalistischen Parlamenten und Regierungen ein Ende machen. Er verwies auf die Panama-Skandale, den Ueberfall der Arbeiterbörse. Mit diesem Parlamentarismus müsse aufgeräumt werden, auch mit den extremsten Mitteln, wenn kein anderes Mittel bleibe; durch Proklamierung der sozialen Revolution. Welch (Soziald. Föderation London): Die Arbeiterparteien müßten unabhängig von allen bürgerlichen Parteien politische Aktion treiben. Aber sie dürfe nicht das einzige Mittel bilden, auch der wirtschaftliche Kampf

der Gewerkschaftsorganisation müsse betont werden. Viele englische Gewerkschaften lieben das Wort „Revolution“ nicht, aber in der Sache Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft sind alle einig. Mit den Kompromissen mit bürgerlichen Parteien haben die Engländer die bittersten Erfahrungen gemacht, die Kompromisse haben geradezu verweht, so daß die englische Delegation sich ganz entschieden gegen jeden Kompromiß erklären muß.

Bei der Abstimmung erklärten sich 18 Nationen für die Kommissions-Resolution, Holland enthält sich der Abstimmung, Norwegen fehlt. Die Abstimmung wird mit großem Jubel aufgenommen.

Zur Diskussion gelangt die Agrarfrage.

Jaclard (Paris) begründet als Bericht-erstatler in kurzen Worten die Resolution. Diese Kommission konnte nur eine allgemeine Fassung beschließen, aber die Frage ist so hochwichtig, daß man das System der Nichtbeachtung aufgeben muß. Die Wahlen in Deutschland haben einen starken Zuwachs von Stimmen der Landproletarier ergeben; in Frankreich sind sozialistische Gemeinderäte von Bauern gewählt worden. Er bitte folgende Resolution einstimmig anzunehmen. Diese lautet:

Resolution.
Der Kongress bekennt sich zum Grundsatz des Gemeineigentums an Grund und Boden. Der Kongress erklärt es für eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie aller Länder, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter neben den industriellen zu organisieren und in die Kampfreihen des universellen Sozialismus einzuschließen.

Der Kongress beschließt, daß alle Nationalitäten dem nächsten Kongress einen Bericht vorlegen sollen über die Fortschritte der Landagitatio und über die agrarischen Verhältnisse in den betreffenden Ländern. Die Berichte sollen besonders berühren, welche Stellung, welche Mittel und welche Methode der Agitation die Sozialisten am geeignetsten halten für die Verhältnisse ihrer Länder, für das Proletariat, die Kleinrentner, die Pächter usw.

Der Kongress beschließt, daß die Agrarfrage wegen ihrer entscheidenden Bedeutung und weil sie auf den bisherigen Kongressen nicht genügend behandelt wurde, auf der Tagesordnung des nächsten Kongresses in erster Linie stehen soll.

Die Annahme erfolgt per Akklamation einstimmig.

Zur Behandlung gelangt Punkt 6:

Nationale und internationale Ausgestaltung der Gewerkschaften. Als Bericht-erstatler begründet Elm (Gamburg) die in den einzelnen Absätzen der Resolution niedergelegten Anschauungen. Gegen internationale Gewerkschaftsverbände wie sie ein Gegenantrag fordere, spreche für Deutschland die Verschiedenartigkeit und reaktionäre Gestalt der Betriebsgesetzgebung. Bei den Arbeitersekretariaten empfehle sich, sie nach Verufen zu organisieren und ein Land als Vorort mit der Aufrechterhaltung der Verbindung zu betrauen. In Deutschland bestände wohl eine starke politische Bewegung, aber leider sei die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation noch sehr schwach. Ursache sei die wirtschaftliche Krise und Mangel an Lebensraum. Die englischen Trades-Unions haben auf diesem Kongress sich unserer Taktik angeschlossen; wir, die wir ihre gewerkschaftliche Organisation bewundern, wollen das Versprechen abgeben, auch ihnen nachzueifern auf gewerkschaftlichem Gebiete. Sind die Arbeiter politisch geschult und auch gewerkschaftlich gut organisiert, so wird es leicht sein, das große Ziel zu erreichen, dem wir alle zustreben. Er bitte um Annahme folgender Resolution:

Unter Bezugnahme und Anerkennung der auf dem Brüsseler Kongress im Jahre 1891 über Streiks und Boykotts beschlossenen Resolution, beschließt der Internationale sozialistische Arbeiterkongress 1893 in Zürich:

Den Kampf der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiet einseitig und wirkungsvoll gestalten kann nur die Arbeiterorganisation. Pflicht aller Klassenbewußten Arbeiter ist es, sich ihren respektiven Organisationen anzuschließen, Pflicht der politischen Arbeiterpartei und der Arbeiterpresse ist es, die Organisationen der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet mit aller Energie zu fördern; die Gewerkschaften sind berufen, die Pfeiler der künftigen Organisation der Gesellschaft zu bilden und ist deren Ausbau deshalb neben der Eringung der politischen Macht der Arbeiterklasse eine absolute Notwendigkeit.

Die vereinten Anstrengungen der Kapitalistenklasse, die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung zurückzudrängen, gebieten einen größeren Zusammenfluß der Kräfte auf gewerkschaftlichem Gebiete, die Pflege der Zusammengehörigkeit und der Gemeinsamkeit der Interessen sämtlicher Arbeiter aller Branchen und Länder, ohne Rücksicht auf Religion und Volksabstammung; der that-

kräftigen gegenseitigen Unterstützung derselben in allen Kämpfen gegen den Kapitalismus.

Der Kongress empfiehlt zu diesem Zweck:

1. die Gründung von nationalen Verbänden der gleichen Berufe;
2. den Abschluß von internationalen Vereinbarungen zwecks gegenseitiger Hilfeleistung;
3. die Errichtung von nationalen Arbeitsekretariaten der einzelnen Arbeitsbranchen, bei denen alle Verbände beteiligt sind; denselben wird es zur Pflicht gemacht, alle Nachrichten von Bedeutung über die Arbeiterbewegung, Streiks und Ausschüsse, sowie die Jahresberichte der einzelnen Gewerkschaften gegenseitig auszutauschen;
4. zwecks einheitlicher Organisation des Arbeitsschwerfeldes sollen die Gewerkschaften in allen Plätzen die Errichtung von Arbeiterbörsen von den Gemeindeforsten verlangen, deren Leitung einzig und allein den organisierten Gewerkschaften der betreffenden Stadt zu übertragen ist.

Was speziell Amerika und Australien anbelangt:

In Erwägung, daß die Entwicklung des Kapitalismus in diesen ausgebreiteten Ländern ein Stadium erreicht hat, wo die rein ökonomische Organisation der Arbeiterklasse absolut ohnmächtig werden wird, wenn sie nicht sofort durch die politische Aktion auf der Grundlage der internationalen sozialistischen Bewegung ersetzt wird;

in Erwägung ferner, daß deren wachsende Bedeutung in der ökonomischen Welt, wie auch der kosmopolitische Charakter dieser beiden Länder zur Lebensfrage werden für die Existenzbedingungen des europäischen Proletariats und den Fortschritt der sozialen Revolution;

verlangt der Kongress mit Nachdruck, daß die Arbeiterorganisationen Amerikas und Australiens sich nicht nur mit den betreffenden europäischen Organisationen in Verbindung setzen nach obgedachtem Plan, sondern daß sie namentlich sich losmachen von den politischen Bourgeoispartei und ebenfalls große sozialistische Arbeiterparteien bilden und damit mit ihren Brüdern Europas zur Befreiung der Arbeiterklassen streiten.

Auf Antrag der italienischen Delegation, welche — sich beschäftigend mit dem unheilvollen ausgeübten Einfluß seitens der Emigration und die Konkurrenz der fremden nichtorganisierten Arbeiter auf die sozialistischen und Arbeiter-Organisationen der verschiedenen Länder, der Herabdrückung der Löhne, Verhinderung von Streiks bewirkt und öfters zu unangenehmen Konflikten Veranlassung gibt — ersucht alle sozialistischen Parteien und Arbeiter-Verbände der Länder, in welchen diese „unloyale Konkurrenz“ statifindet, die sozialistische Propaganda oder wenigstens den Widerstand bei den Emigranten zu verbreiten und bietet ihrerseits jede den italienischen Sozialisten zur Verfügung stehende Hilfe an, bestehe sie in Ertheilung von Informationen über die italienische Emigration, bestehe sie in Verbreitung von entsprechenden in der Sprache der Emigranten geschriebenen Broschüren oder in einer speziellen in den Hauptzentren der Emigration zu veranstaltenden Propaganda, wäge der Kongress folgendes, die allgemeine Bedeutung der vorgelegten Thatsachen berücksichtigend, beschließen:

Es ist notwendig, daß in Ländern, in welchen die von der Konkurrenz der emigranten, den Gewerkschaften nicht angehörenden Arbeitern verursachten Uebel fühlbar werden, die sozialistischen Parteien und Arbeiterverbände daran arbeiten, die Propaganda der Organisation des Proletariats und der internationalen Solidarität zu verbreiten.

Die sozialistischen Parteien und Verbände der Gewerkschaften der erwähnten Nationen werden sich um jede Berichterstattung und Hilfe, sei es direkt, sei es durch Vermittelung der nationalen Arbeitsekretäre, wo solche bestehen, an die zentralen Verwaltungen der Verbände und entsprechenden Parteien der Länder, von welchen die Einwanderung herrührt, wenden.

Volters bringt einen mit zahlreichen Unterschriften versehenen Gegenantrag ein, der von gleichen Gesichtspunkten ausgeht, aber die formelle Gründung internationaler Verbände zur Bedingung macht. Die Abstimmung ergibt 12 Nationen für den Volters'schen Antrag, 6 Nationen für den Antrag der Kommission, drei enthalten sich.

Damit ist die Tagesordnung, nach dem angenommenen Antrage der Holländer, erledigt.

Als nächsten Kongressort für 1895 schlägt Gobson im Auftrage der englischen Delegation London vor; man werde dann dort sehen, daß die sozialistische Bewegung in England viel weiter vorgeschritten sei, als man allgemein annehme.

Singer erklärt, die Deutschen nehmen

die englische Einladung mit Freuden an, wünschen aber, daß der Kongress erst auf 1896 berufen werde.

11 Nationen stimmen für 1896, 8 für 1895. Damit ist der nächste Kongress für 1896 nach London einberufen.

Die österreichische Delegation stellt folgenden Antrag:

„Der Kongress beschließt: Es ist die Zeit gekommen, in der das Proletariat in allen Ländern, wo das allgemeine Wahlrecht noch nicht besteht, einen Vorstoß unternehmen muß zur Erlangung des Wahlrechts für alle Mündigen, ohne Unterschied des Geschlechts oder der Klasse. Das Proletariat der ganzen Welt wird aufgefordert, sich an diesem Kampfe zu beteiligen.“

Dieser Antrag gelangte sofort ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Singer ergrift nunmehr das Wort, um dem Kongress mitzuteilen, daß der geistige Vorkämpfer der internationalen Sozialdemokratie am Kongress erschienen sei und daß das Bureau einstimmig beschlossen habe, ihn zu bitten, das Ehrenpräsidium zu übernehmen und den Kongress zu schließen.

Diese Mitteilung und das Erscheinen Engels, der einer wunderbaren Frische und Gesundheit sich erfreut, rufen förmliche Jubelstürme hervor. Immer von neuem erheben sich die Jubelgrüße und Hurufe, und das Publikum auf den Galerien nahm an dieser Huldigung begeistert Anteil. Als sich nach fünf Minuten der Beifall gelegt hatte, hielt Engels folgende Ansprache:

Lassen Sie mich die Ansprache (die der Redner eben englisch und französisch gehalten) in mein geliebtes Deutsch übertragen. Der unerwartet glänzende Empfang, den Sie mir bereitet haben und den ich nur mit tiefer Mühsung entgegennehmen konnte, ich nehme ihn an nicht für meine Person, sondern als Mitarbeiter des großen Mannes, dessen Bild dort oben hängt (Marx). Gerade fünfzig Jahre ist es her, als Marx und ich in die Bewegung eintraten. Wir veröffentlichten unsere Artikel in den deutsch-französischen Jahrbüchern. Marx ist gestorben, aber wenn er jetzt noch lebte, so wäre nicht ein Mann in Europa und Amerika, der mit solchem gerechten Stolz zurückblicken könnte auf seine Lebensarbeit. Noch ein anderer Jahrestag ist 1873 war der letzte Kongress der Internationale. Zweierlei geschah auf ihm. Einmal die absolute Loslösung von den Anarchisten. Was das ein überflüssiger Beschluß oder nicht? Der Pariser, der Brüsseler, der jetzige Kongress hat das Gleiche thun müssen. Das Zweite war die Einstellung der Wirksamkeit der Internationale in der alten Form. Es war die Zeit, wo die Wuth der Reaktion, die sich am Blute der glorreichen Kommune veraufacht hatte, auf's höchste gestiegen war. Die Fortführung der alten Internationale hätte nur zu Opfern geführt, die ohne Verhältnis zu den Wirkungen standen; sie verlegte ihren Sitz nach Amerika, d. h. sie zog sich vom Schauplatz zurück. Dem Proletariat der einzelnen Länder blieb es überlassen sich in eigener Form zu organisieren. Das ist geschehen und nun ist die Internationale viel stärker als zuvor. In diesem Sinne müssen wir fortfahren auf gemeinsamem Boden zu arbeiten. Wir müssen die Diskussion zulassen, um nicht zur Sekte zu werden, aber der gemeinsame Standpunkt muß gewahrt bleiben. Die lose Verbindung, der freiwillige Zusammenhalt, der durch Kongresse unterstützt wird, er ist hinreichend, um uns den Sieg zu verschaffen, den keine Macht der Welt uns mehr entreißen kann. Ich bin durch Deutschland gereist und hörte in manchen Dingen bebauern, daß das Sozialistengefühl gefallen ist. Der Kampf mit der Polizei sei viel amüsanter gewesen. Mit solchen Streikern wird keine Polizei, keine Regierung fertig.

Auf Ersuchen des Bureaus erkläre ich den Kongress für geschlossen. Hoch lebe das internationale Proletariat. Die Veramntung bricht in stürmische Hochrufe aus. Der Jubel dauert eine ganze Zeit lang an. Die Anwesenden erheben sich und singen stehend die Marseillaise.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Es gehen vielfach Materialbestellungen ein, die von Personen unterzeichnet sind, welche dem Vorstand nicht als Mitglieder der Ortsverwaltung gemeldet und mithin unbekannt sind. Wir machen hierdurch bekannt, daß solche Bestellungen künftighin nicht mehr berücksichtigt werden können. Nach § 14 Abs. 2 des Verbandsstatuts wird die Ortsverwaltung durch den Vorstand ernannt und ist es hierfür eine ganz selbstverständliche Voraussetzung, daß die in Vorschlag gebrachten Personen demselben dies auch rechtzeitig mittheilen.

Des Weiteren ersuchen wir die Ortsverwaltungen, die ausgeschiedenen Sammelbücher nach hier einzufinden, damit wir die Stammtafel vervollständigen können.

Folgende Mitgliedsbücher werden für ungültig erklärt und sind ev. anzuhalten: Nr. 26059 des Chirurs Franz Raffel, geb. zu Mainz am 6. Jan. 1874. Nr. 84751 des Schlossers Arno Oswald Zeitig, geb. zu Zwickau am 22. Mai 1874.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Vereine fern zu halten: Feilenhauer von Peine, Formner von Hersfeld, Metallarbeiter aller Branchen von Chemnitz, Mannheim, Metallarbeiter von Nürnberg u. Finntgießer von Dresden.

Bei den Firmen Wilhelm, Schlosserei, und Hand, Maschinenfabrik, beide in Pirmasens, haben im Anschluß an die Straßwalle gelegentlich der Wahl zum deutschen Reichstage Wahlregelungen von Verbandsmitgliedern stattgefunden und ist von diesen ebenfalls der Zugang fern zu halten.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1, zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionsmarken ist. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29).

Trotz der mit dem 1. Januar dieses Jahres eingetretenen Beitragserhöhung sind die Anforderungen an die Hauptkasse, wie aus den veröffentlichten monatlichen Rechnungsabschlüssen zu ersehen ist, in einer Weise gestiegen, daß wir uns leider genötigt sehen, von der im § 8 des Kassensatzes gegebenen Befugnis Gebrauch zu machen und die Erhebung von Extrabeiträgen anzuordnen. Wir haben deshalb beschlossen, für die Monate August, Oktober und November ds. J. je einen Wochenbeitrag mehr zu erheben. Jedes Mitglied ist verpflichtet, diese Extrabeiträge zu zahlen. Näheres hierüber geht sämtlichen drücklichen Verwaltungen per Zirkular zu und werden dieselben ersucht, für weitestehende Bekannmachung unter den Mitgliedern zu sorgen. Dieselben Verwaltungen, welche das Zirkular bis 5. September nicht erhalten haben sollten, wollen dasselbe sofort bei der Hauptverwaltung reklamieren. Hamburg, 26. August 1893. Mit Gruß Der Vorstand.

An die Metallarbeiter Sachsens!

Die in Folge des Beschlusses der letzten Konferenz zu Hohenstein-Grünthal zu wählenden Agitationskomitees haben sich konstituiert. Pflicht der Genossen ist es nun, für die Ausbreitung unseres noch jungen Verbandes thätig zu sorgen. Es müssen allerorts, wo sich Metallarbeiter befinden, auch Mitglieder gewonnen werden, deshalb gilt es unerbittlich mit der Einberufung von öffentlichen Metallarbeiterversammlungen vorzugehen. Wo unser Gewerkschaftszweig schwach, müssen Arbeiterversammlungen abgehalten werden.

Die Genossen der um Dresden liegenden Orte, als: Meissen, Niesitz, Großhain, Birna, Lommatzsch, Rabenberg, sowie der gesammten Lausitz mögen sich an den Genossen M. S a a c, Dresden, Stiftstr. 10, wenden.

Die Genossen der Städte Döbeln, Oschatz, Wurzen, Grimma, Rochlitz, Lauscha, Borna, Froburg, Geithain, Reitzsch, sowie das obere Vogtland (Reichenbach, Plauen, Treuen, Lengenfeld, Auerbach, Falkenstein, Delitzsch) sind dem Agitationskomitee Leipzig zugeweiht. Alle diesbezüglichen Zuschriften sind zu richten an Genossen Emil Taubert, Leipzig-Anger, Bernhardtstr. 41A.

Das Erzgebirge und hier nicht genannte Orte haben sich an Unterzeichneten zu wenden. Für Referenten ist jeder Zeit gesorgt.

Genossen! Denkt an die Beschlüsse in Zürich, sorgt für prompte Durchführung derselben. Der Verband der Eisenindustriellen hat bereits in verschiedenen Städten Sachsens Boden gefaßt, es gilt diesen Feind bis auf's Neueste zu bekämpfen. Deshalb agitiert, organisiert und schließt die Reihen enger und enger.

S. A. des Zentralagitations-Komitees: Carl Niemann, Stiftsstraße 1, Chemnitz. NB. Alle sonstigen Zuschriften, Anfragen und Sendungen bitte an mich zu richten.

Telegramm.

Greisberg. Differenzen halber ist der Zugang von Formern fernzuhalten.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Altenburg. Unser geplantes Sommervergnügen findet der allgemeinen Wassalfeser wegen später statt.

Altona. (Sektion der Klempner u. v. B.) Montag, 4. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Marjes, Blumenstraße 41. T. D.: Das Recht auf Faulheit. Ref.: H. Jacobs. Bericht vom Kartell. Verschiedenes.

Zugsbürg. Samstag, 2. Sept., Mitglieder-Versammlung. — Sonntag, den 3. Sept., Vorm. 10 Uhr, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung. — Nachmittags Ausflug. Zusammenkunft 2 Uhr am Königsplatz.

Baden-Baden. Samstag, 9. Septbr., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag von Gen. Banbes.

Bamberg. Samstag, 9. Sept., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag. — Samstag, 2. Septbr. Abends halb 8 Uhr, Familienabend.

Bremen. Versammlung am Sonntag, 9. September, Abds. halb 9 Uhr, in der Vereinhalle, Düsternstr. Vortrag von Kollege E. Hofmann über Geisteskultur.

Bunzlau. Sonnabend, 9. September, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gasthof zu den 3 Kronen“. T. D.: Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl eines Bevollmächtigten. Verschiedenes.

Cannstatt. Öffentliche Versammlung am Samstag, 2. Sept., Abds. 8 Uhr im „Ruffischen Hof“. T. D.: Berichterstatter vom internationalen Metallarbeiterkongress in Zürich. Referent: A. Junge aus Stuttgart. Berichterstatter vom internationalen sozialistischen Arbeiterkongress in Zürich. Referent: Privatier Stamm aus Cannstatt.

Cannstatt. (Sektion der Kesselschmiede.) Samstag, 2. September, Abends 8 Uhr, Monatsversammlung im „Gasthaus zum Kranhahn“. — Die Bibliothekbücher sind abzugeben, bezw. umzutauschen.

Cassel. Samstag, 9. Septbr., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Lokal Lohrum. T. D.: Der Uebergang vom Handwerk zur Großindustrie. Referent: Grafweh. Verschiedenes.

Chemnitz. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß unsere Herberge sich nicht mehr in Schopauerstr. im Arbeitervereinshaus, sondern in der „Stadt Meissen“, Haslingerstraße, befindet. Die Benützung des ersten Lokals wurde uns verweigert und ersuchen wir alle Kollegen, dasselbe zu meiden.

Greisfeld. Sonntag, 3. Septbr., Vorm. Punkt 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal bei Wilslein, früher Feller, St. Antonstr. 107. T. D.: Wahl eines Revisors. Ausflug, resp. Beteiligung am Silbungs-feste zu Mühlheim a. d. Ruhr.

Dresden. Sonnabend, 9. Sept., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im kleinen Saale des „Erlauns“. T. D.: „Der deutsch-russische Zollkrieg und seine Wirkungen“. Referent: Herr Landtagsabgeordneter A. Raden. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Duisburg. Sonntag, 10. Sept., Versammlung. T. D.: Aufnahme, Beitragszahlung, Vortrag. Wahl des Kassiers. Verschiedenes.

Eberfeld. Sonnabend, 9. Sept., Abds. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag über „Entwicklung und Unter-gang des Handwerks.“ Verschiedenes. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Mitgliedsbücher bezw. Revision mitzubringen. — Die Protokolle von den früheren Kongressen werden ausgegeben.

Essen. Sonntag, 3. Sept., Vormittags 11 Uhr im großen Saale der Bwe. Krab, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Diskussion. Wahl eines 1. und 2. Kassiers. — Die mit Beiträgen rückständigen Kollegen werden gebeten, ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls nach den Bestimmungen des § 3 des Statuts verfahren wird. — Desgleichen werden die Kollegen, welche Bücher aus der Bibliothek entnommen und dieselben nach Ablauf der festgesetzten Besessfrist nicht abgeliefert haben, dringend ersucht, die Bücher abzugeben oder die Besessfrist verlängern zu lassen. Da eine Reihe von Mitgliedern bereits seit vorigem Jahr Bücher im Besitz haben, so sind wir, wenn dieselben nicht in kürzester Zeit zurückgebracht werden, genötigt, die Namen der Kollegen in der „D. Met.-Arz.-Ztg.“ bekannt zu geben.

Hensburg. Öffentliche Metallarbeiter-Versammlung am 5. September,

Abends halb 9 Uhr bei Ralfs. T. D.: Delegiertenwahl zur diesjährigen Konferenz. Verschiedenes.

Hensburg. (Abg.) Sonnabend, den 9. September, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Chr. Ralfs. T. D.: Beitragszahlung. Protokoll. Diskussion und Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Hensburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 6. Sept. öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im Vereinslokal. — Die Beiträge können daselbst von halb 8 bis halb 9 Uhr entrichtet werden.

Frankfurt a. M. (Abg.) Samstag, 2. Sept., Abds. halb 9 Uhr im „Reichsstad“, Kruggasse 4, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag des Reichstagsabgeordneten W. Schmitt. Geschäftliches. Wahl eines Reiseunterstützungsauswählers. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden nochmals aufmerksam gemacht, daß der Zeitungskolporteur stets Beitragsmarken mit sich führt und Beiträge entgegennimmt.

Freising. Sonntag, 8. Septbr., Vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokal „Münchener Hof“. Tagesordnung im Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreicher wie bisher zu erscheinen und mehr Interesse für den Verband zu zeigen.

Frankenthal. Samstag, 2. Septbr. Abds. halb 9 Uhr im Lokal Reiffler, Speyererstraße, Versammlung. T. D.: Vortrag. Stiftungsfest betr.

Gassen. Sonnabend, 2. Sept., Abends 8 Uhr im „Schützenhaus“ Zahlabend und Aufnahme neuer Mitglieder. — Wir machen die Mitglieder auf § 3 aufmerksam. — Sonntag, 16. Sept., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Vortrag. Referent wird in der „Volksstimme“ bekannt gegeben.

Göppingen. Samstag, Abends 8 Uhr, Versammlung im „Girch“. T. D.: Aufnahmen. Einzahlung. Vortrag über: Die Gewerbeordnung. Verschiedenes.

Guben. Sonnabend, 9. Septbr., Mitglieder-Versammlung bei Engelmann, Markt 18. T. D.: Wahl eines Revisors. Vortrag über: „Verbrechen und Strafe“. Diskussion. Verschiedenes. Fragekasten.

Hamburg. (Sektion aller in Selb-giebereien, Glaserieen und Metallberei-berichtigten Arbeiter.) Mittwoch, 6. Sept., Abends halb 9 Uhr bei Herrn von Salzen, Raffamacherreihe Nr. 6-7 Mitglieder-Versammlung. T. D.: Arbeitsnachweis. Herbergs- und Verlehrsweisen. Abrechnung vom Sommervergnügen. Verschiedenes. Das Mitgliedsbuch ist am Eingang zur Kontrolle vor-zuzugigen.

Hannover. Montag, 4. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Mitglieder-Versammlung im Saale des „Ballhofes“. T. D.: Vortrag über „Das Handwerk in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unter Berücksichtigung der neuesten ministeriellen Erlasse.“ Abrechnung von Mal-Juni. Wahl eines Revisors und Schriftführers. Verschiedenes.

Heidelberg. Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Mitglieder-Versammlung der Kassalfeser wegen, welche am 2. September stattfindet, auf Dienstag, den 5. Sept. verlegt ist und ersuchen wir gleichzeitig die Mitglieder zu dieser Versammlung pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Herslohn. Sonntag, 10. Sept., Abds. halb 8 Uhr beim Wirth Brennscheit, Mitglieder-Versammlung.

Hehr. Sonnabend, 2. Septbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Kaiserlautern. (Abg.) Samstag, 9. Sept., Abds. halb 9 Uhr im „Saalbau“, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Erheben der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl zweier Revisoren. Vorlesung und Diskussion. Verschiedenes und Fragekasten.

Kirchheim u. S. Samstag, 2. Sept., Mitglieder-Versammlung bei Gg. Maier am Ziegelwasen.

Kübr. Mittwoch, 6. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Befe, Lederstr. 3. Tagesordnung im Lokal.

Magdeburg. Montag, 4. Sept., Abds. 8 Uhr, Versammlung sämtlicher Filialen Magdeburgs im „Drei-Kaiser-Bund“. T. D.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Ref.: Kgl. Regierungsbauemeister und Gewerbe-Inspektor für Magdeburg, Herr F. Hirsch. Verbandsangelegenheiten. Fragekasten.

Mainz. Samstag, 9. Sept., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in der „Stadt Worms“. T. D.: Die maschinelle Entwicklung und die Arbeiterfrage. Der Agitationsausflug. Verschiedenes.

Mombach. Samstag, 9. Sept., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T. D.: Nutzen der Gewerbevereine. Referent: Liebmann. Verschiedenes.

Müggeldorf. Samstag, 2. September, Abends 8 Uhr in der „Stadt Nürnberg“, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

München. Samstag, 9. Sept., Abds. 8 Uhr, Versammlung im „Kreuzbräu“. T. D.: Vortrag über „Ulrich von Hutten, seine Zeit und seine Weltanschauung.“ Vereinsangelegenheiten. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Jos. Krämer, Sonnenfelderstr. 1411 rechts.

Neumünster. Freitag, 8. Sept., Mitglieder-Versammlung bei Kellermann, Büdnerstraße. Tagesordnung im Lokal. — Die Mitglieder mit rückständigen Beiträgen werden auf § 8 Abs. 6a aufmerksam gemacht. Sonntag, 8. Septbr. im „Convent-Garten“ Gewerkschaftsfest.

Nürnberg. (Sektion der Feigezeugindustrie.) Die Sperre der Bayerischen Werkstätte dauert unverändert fort.

Onabrück. Sonnabend, 9. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. T. D.: Vortrag über das Recht auf Arbeit.

Pöschappel. Sonnabend, 9. Septbr., Abends halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung der Einzelmitglieder des D. Met.-Verb. im Gasthof zur „Rothten Schinke“ in Döhlen. T. D.: Vortrag. Neuwahl der Revisoren. Gewerkschaftliches. Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre bisherige Laune abzugeben und die Versammlungen zahlreicher zu besuchen.

Rendsburg. Sonnabend, 2. Septbr., Abends halb 9 Uhr im Vereinslokal, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. T. D.: Wahl eines Delegierten zur Konferenz. — Nachdem Mitglieder-Versammlung. T. D.: Erhebung der Beiträge und Extrasteuern. Vortrag über den Züricher Kongress. Sonstiges. — Die Festkarten zum Gewerkschaftsfest à 1 Mk sind beim Kassier zu haben. — Ein Fragekasten hängt von jetzt ab im Lokale aus.

Reutlingen. (Abg.) Samstag, 2. Sept., präzis 8 Uhr Abends 8 Uhr, Hauptversammlung im Lokal von Aug. Wucherer, untere Lederstr. Die säumigen Mitglieder werden auf § 3a aufmerksam gemacht.

Rosold. Die nächste Mitglieder-Versammlung findet nicht am 2. September, sondern am Sonnabend, den 9. September, Abends halb 9 Uhr in der „Brunnenhalle“ statt. Da als äußerst wichtiger Punkt auf der Tagesordnung „die Erhebung einer Berufsstatistik“ steht, so ersuchen wir die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse vollständig zu erscheinen.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 2. Sept., Abds. 8 Uhr bei Bogner, Christophstr. 9, Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme und Einzahlung. Vortrag von A. Junge. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden an das Bezahlen des Zeitungsportos erinnert.

Thorn. Hierdurch zur Kenntnis, daß unsere Mitglieder-Versammlungen von jetzt ab regelmäßig alle 14 Tage, und zwar jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats, Nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn W. Goltz, Kilmervorstadt, stattfinden. — Alle Sendungen sind zu richten an: Karl Hölländer, Former in Klein-Moder bei Thorn, Bornstr. 26.

Uelbert. Samstag, 2. Sept., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 9. Sept., Abends 8 Uhr bei G. Buchheiser, Wallstr., Mitglieder-Versammlung. T. D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Gewerkschaftlicher Vortrag. Abrechnung vom Stiftungsfest. Verbandsangelegenheiten.

Glauchau. Sonnabend, 2. Sept., Abds. 8 Uhr, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung im Saale der „Zentralhalle“. T. D.: Berichterstatter vom internationalen Arbeiterkongress in Zürich. — Sonntag, den 3. Sept., Ausflug nach Gräfenfeld. Sammel: Jängel's Restauration, Waldenburgerstraße. Abmarsch Mittags Punkt 1 Uhr.

Verwaltungsstelle Wandersbrck. Aufforderung! Der Sohn der Friederich Kender, Buch Nr. 15104, geboren am 10. Mai in Langensalza, wird ersucht, uns seine Adresse zukommen zu lassen. Verwaltungsstelle Meerane i. S., Auguststr. 1. Herr Franz Gadenbruch, Schreiber, wird um seine Adresse gebeten. Sacke geregelt. J. Jödicke, Rosold, Fischerbrück Nr. 2.

Anzeigen.

Unseren Kollegen M. Papriß und G. Rudolf bei ihrer Abreise nach Amerika die besten Glückwünsche von sämtlichen organisierten Kollegen Wandersbrcks. Wir bedauern ihre Abreise um so viel mehr, weil wir ein Paar plichtgetreue Kollegen dadurch verlieren. Verwaltungsstelle Wandersbrck. Aufforderung! Der Sohn der Friederich Kender, Buch Nr. 15104, geboren am 10. Mai in Langensalza, wird ersucht, uns seine Adresse zukommen zu lassen. Verwaltungsstelle Meerane i. S., Auguststr. 1. Herr Franz Gadenbruch, Schreiber, wird um seine Adresse gebeten. Sacke geregelt. J. Jödicke, Rosold, Fischerbrück Nr. 2.